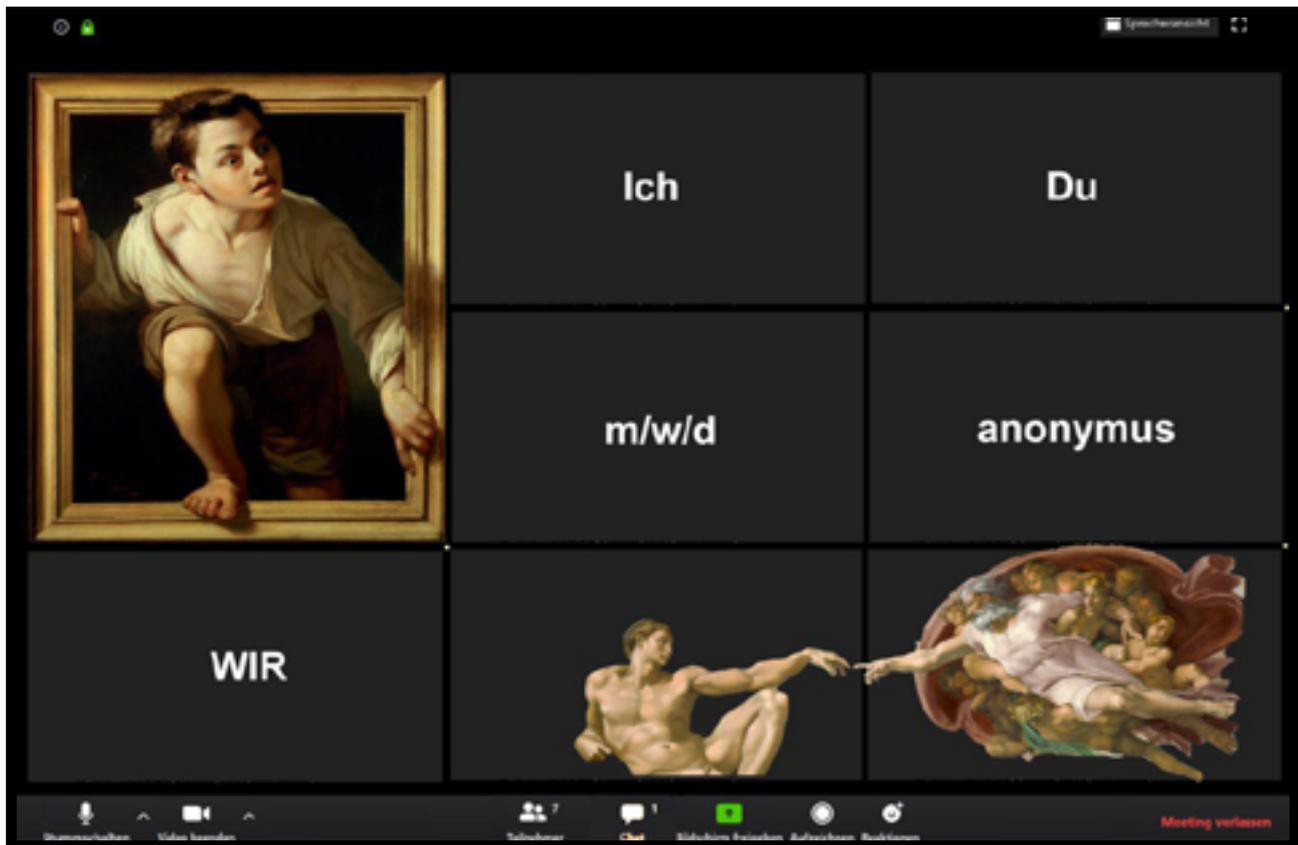




# PI-RAT



Politische Informationen des FachschaftsRats Erziehungswissenschaft | Nr. 19 | 04/21



## Inhalt

Editorial .....	2	Zivilklausel .....	12
Offener Brief an Hochschulleitung und Behörde....	3	Hochschulfinanzierung und Demo Aufruf .....	13
Raum Qualität Ausstellung .....	4	Mehr Studienplätze! .....	15
Öffnung aller Bildungsinstitutionen – Einladung VV.....	5	Gesundheit .....	17
4. Prüfungsversuch .....	6	Aufbruch Film Veranstaltung .....	20
FÜB und Projektstudium.....	7	OE Tutor*innen gesucht .....	21
8.Mai Projektwoche .....	9	Terminübersicht.....	22
Flugblatt der Weißen Rose.....	10	Wie ihr uns erreicht .....	23
		Impressum .....	23

# Editorial

Liebe Kommilitonen\*innen,

**D**ie Uni kann und muss zukünftig noch viel mehr zur Entwicklung eingreifender Persönlichkeiten im Sinne einer demokratischen und inklusiven Gesellschaft beitragen. Um die Öffnung der Hochschulen durchzusetzen, haben Fachschaftsräte und Studierende verschiedener Hamburger Hochschulen einen Offenen Brief an die Hochschulleitungen und die Behörde geschrieben. Deutlich wird, dass die Universitäten wichtige Begegnungsräumen der Studierenden sind und Präsenzlehre nicht durch digitale Lehre ersetzt werden kann. An die Aktivitäten zur Wiedereröffnung der Universität können wir im kommenden Semester anknüpfen.

Aber nicht nur für das Lernen der Studierenden selbst, auch für qualitativ hochwertige, pädagogische Arbeit ist die Öffnung der Bildungseinrichtungen wichtig. Wir fordern die Öffnung aller Bildungseinrichtungen der Stadt, damit alle Kinder sich als kritische und solidarische Persönlichkeiten in den gemeinsamen Auseinandersetzungen entwickeln können.

Gerade jetzt, in Zeiten der Corona-Pandemie und den damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen, wird umso deutlicher, wie sehr Studierende unter Leistungsdruck und ständigen Anforderungen stehen. Damit wir uns nachhaltig, sozial und kooperativ die Welt aneignen und verbessern können, streiten wir seit langem für eine umfassende Studien- und Prüfungsreform.

Wir laden Euch dazu ein daran mitzutun und geben in dieser Ausgabe einen Einblick in den FÜB Bereich, an dem frühere Progression und aktueller Handlungsbedarf deutlich werden.

Außerdem möchten wir aufrufen zur Beteiligung an der Projektwoche zum 8. Mai. Die Woche soll genutzt werden, um mit einem erziehungswissenschaftlichen Zugang auf die historische Befreiung vom Faschismus und ihre Kontinuitäten/Konsequenzen für heute einzugehen. Wir wollen an unserer Fakultät einen Beitrag leisten für das Nie wieder Krieg, Nie wieder Faschismus!

Um dafür auch stadtweit und darüber hinaus zu wirken, unterstützen wir die Zivilklausel für Universität und Hafen.

Die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen und im weiteren Sinne auch des gesamten Gemeinwesens ist ein Problem, welches seit Langem besteht und oft als alternativlos dargestellt wird. Dagegen werden für Wirtschaft, Bankenrettung, Rüstung und Co. jedes Jahr Milliarden ausgegeben. Investitionen in das Gemeinwesen waren noch nie ein Geschenk, sondern müssen seit je her erkämpft werden. In diesem Sinne informieren wir über die derzeitige Unterfinanzierung der Hochschulen, rufen zur Demonstration auf und machen einen Exkurs in das Kapazitätsrecht und der damit verbundenen Frage, wie wir mehr Studienplätze bei besserer Qualität durchsetzen können.

Weiter beschäftigt uns die Debatte um Gesundheit und das Gesundheitswesen. Gerade im krisenbelasteten letzten Jahr ist das Wort „Gesundheit“ in aller Munde. Doch wird es auch oft benutzt, ohne zu klären, was dazugehört „gesund“ zu sein. Soziale Absicherung, produktive Arbeit zu guten Bedingungen, Zugang zu aufklärerischer Kultur sind bedeutende Bestandteile der Gesundheit aller und müssen gemeinsam erkämpft werden.

Wir wünschen Euch einen guten Start ins neue Semester und möchten Euch auch in dieser Ausgabe dazu einladen, Euch an der Arbeit des FSR aktiv zu beteiligen, zu diskutieren und sich gemeinsam für eine sinnvolle Weiterentwicklung der Fakultät einzusetzen.

**Euer FSR Erziehungswissenschaft**

# FÜR DIE ÖFFNUNG ALLER HAMBURGER HOCHSCHULEN IN GESCHÜTZTER PRÄSENZ!

In den vergangenen Wochen haben zwei hochschulübergreifende Treffen in hybrider Form stattgefunden. Hier wurde sowohl über die Öffnung der Hamburger Hochschulen als auch über die Hochschulfinanzierung diskutiert. Ergebnis der Auseinandersetzungen zum Thema Hochschulen in Präsenz ist der folgende Offene Brief, den wir als FSR Erziehungswissenschaft mitunterzeichnet haben. Er wurde am 23.03.2021 mit der Bitte um baldige Rückmeldung an die Hochschulleitungen sowie die Behörde geschickt.

Wir finden das Anliegen richtig, weil soziales Lernen auch soziale Begegnung braucht und eine geschützte Präsenz möglich ist.

## Offener Brief für die Öffnung aller Hamburger Hochschulen in geschützter Präsenz

- An die Hochschulleitungen der Hamburger Hochschulen,
- An die Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke.



Als Fachschaftsräte und Studierende verschiedener Hamburger Hochschulen, als aktiver Teil der studentischen Selbstverwaltung und Mitglieder der Hochschulleitung fordern wir den Übergang zu geschützter Präsenzlehre im Sommersemester 2021. Als wissenschaftliche Einrichtungen tragen Hochschulen die Verantwortung, ihre Forschung und Lehre im Sinne des Allgemeinwohls auszurichten. Dazu gehört die (Aus-)Bildung mündiger Persönlichkeiten, die kritische Reflexion von gesellschaftlichen Missständen, sowie die Entwicklung konstruktiver Lösungsansätze – gerade in Krisenzeiten. Um zur Verwirklichung dieser Ziele beizutragen, sind sie demokratisch verfasst und brauchen adäquate Bedingungen wie den aktiven Austausch zwischen allen Mitgliedern der Hochschule.

Zentrale Voraussetzungen für psychische und physische Gesundheit im Weltmaßstab sind der Zugang zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung und gesunder Nahrung, soziale Sicherheit, angemessene Wohnverhältnisse, Zugang zu Kultur, Bildung und demokratischer Mitgestaltung und der produktive Austausch mit anderen Menschen. Voraussetzungen, die gesellschaftlich hergestellt werden müssen. Als Hochschulen ist es unsere Aufgabe,

dazu beizutragen, dass wir als Menschheit einen Schritt vorankommen bei der Bekämpfung von Krankheiten und der Realisierung der Menschenrechte. Keine Aufgabe ist zu groß, als dass sie nicht durch kollektives Engagement gelöst werden kann. Die fortgesetzte Schließung der Hochschulen bremst.

Wir möchten in diesem Zusammenhang exemplarisch an die Leitbilder für Lehre erinnern, die sich die Hochschule für Angewandte Wissenschaft und die Universität Hamburg gegeben haben:

„Von der Universitätsleitung wird erwartet, dass sie die Rahmenbedingungen für gute Lehre mit dem Ziel sicherstellt, [...] die Universität für alle Menschen als einen Ort lebenslangen Lernens zu erhalten und weiter zu entwickeln“ (aus dem Leitbild universitärer Lehre der Universität Hamburg)

„Wir leben eine demokratische und friedliche Kultur, in der wissenschaftliche Kritik, ethische Reflexion sowie der gesellschaftspolitische Bezug die Themen und Prozesse akademischen Lernens durchdringen. Unsere Hochschule ist ein Ort, an dem sich Menschen mit ihren unterschiedlichen Perspektiven offen begegnen“ (aus dem Leitbild für Bildung, Studium und Lehre der Hochschule für Angewandte Wissenschaften)

Die entsprechenden Hygienekonzepte für die Wiedereröffnung der Hochschulen liegen seit vielen Monaten vor, sind teilweise erprobt und können um Schnelltests und um den Einbau von leistungsfähigen Luftreinigungsanlagen ergänzt werden. Eine Verlängerung der Schließung der Hochschulen ist vor diesem Hintergrund unverantwortlich und schlichtweg schädlich.

Die Möglichkeiten für geschützte Präsenz im Sommersemester 2021 müssen sorgfältig genutzt und ausgebaut werden. Wir fordern Sie daher auf, einheitliche Standards für die Hamburger Hochschulen zu schaffen und umzusetzen:

- 1) Präsenzlehre im Sommersemester muss ermöglicht werden. Für studiengangrelevante Lehrformate müssen Präsenzveranstaltungen mit Hybrid-Optionen angeboten werden. Dazu zählen Labore in den Naturwissenschaften und technischen Studiengängen, genauso wie Seminare in den Sozial-, Geistes-, Kulturwissenschaften. Für die Umsetzung in Präsenz- und Hybridformaten sollten kreative Lösungen erarbeitet werden.
- 2) Orientierungseinheiten müssen in Präsenz stattfinden dürfen. Eine angemessene Orientierung an der Hochschule, im Studiengang und unter den Kommiliton\*innen gelingt nur in Präsenz. Die Durchführung von Orientierungseinheiten in geschützter Präsenz muss ermöglicht und unterstützt werden.
- 3) Bibliotheken und Lernräume müssen sofort geöffnet werden. Der Zugang zu Literatur und angenehme räumliche Arbeits- und Lernbedingungen sind zentrale Voraussetzungen für ein Hochschulstudium. Der Zugang zu Bibliotheken und Gebäuden mit entsprechenden Einzel- und Gruppenarbeitsräumen ist zu den regulären Öffnungszeiten der Gebäude zu gewährleisten.
- 4) Arbeitsinfrastruktur und soziale Infrastruktur müssen bereitgestellt werden. Angemessene räumliche und technische Bedingungen für ein sinnvolles Studium

können nicht vorausgesetzt werden. Geöffnete Mensen, der Campus als Ort der Begegnung, öffentliche Computerarbeitsplätze und Druck- und Kopiermöglichkeiten sind ebenso notwendige Bedingungen für ein inklusives und produktives Studium wie der Zugang zu den entsprechenden Lernplattformen.

- 5) Gremien müssen in Präsenz tagen können, Fachschaftsratsbüros sind zu öffnen. Die Arbeit in den Gremien der akademischen und studentischen Selbstverwaltung, wie beispielsweise in den Fachschafts-räten ist das konstitutive Element der demokratischen Hochschulorganisation. Dort werden die Belange der Mitglieder der Universität diskutiert und vertreten. Sie müssen in Präsenz stattfinden können, da nur so ein konstruktiver Austausch möglich ist.

Bei der Gestaltung der Öffnung der Hochschulen wollen wir gerne durch unsere Gremienarbeit mitwirken, wir fordern Sie ebenfalls dazu auf. Um gemeinsam zu beraten und zu diskutieren, wie wir unserer Verantwortung als Hochschulen in dieser Zeit gerecht werden können bitten wir Sie um ein zeitnahes Gespräch.

Mit freundlichen Grüßen,

- Fachschaftsrat Erziehungswissenschaft (UHH)
- Fachschaftsrat Lehramt (UHH)
- Fachschaftsrat Soziale Arbeit (HAW)
- Fachschaftsrat Sozialwissenschaften (UHH)
- Fachschaftsrat Sozialökonomie (UHH)
- Fachschaftsrat des Hochschulübergreifenden Studiengangs Wirtschaftsingenieurwesen (HWI)

## Die Qualität der universitären Räume – Für eine Ausstellung in Präsenz

Die meisten von uns haben die Gebäude und Räume unserer Universität über ein Jahr weder gesehen noch betreten – einige sogar noch nie. Die architektonische Vielgestaltigkeit, ihre Geschichtsträchtigkeit und ihre Bedeutung als Ort, an dem Gesellschaft, Wissenschaft, Arbeit, Politik und Leben stattfindet, wird in diesen Zeiten überdeutlich.

Damit die Räume in diesem Sinne genutzt und mit Leben gefüllt werden können, damit wir in neuer Qualität das gesamte Potential nutzen können, damit Studium, Forschung, Lehre und Bildungsprozesse wirklich stattfinden – aus diesem Grund wollen wir gemeinsam die Bedeutung und Qualität der universitären Räume neu bemessen. Wir stellen uns dazu die Frage, die wir auch an Euch richten wollen:

Was ist die besondere Qualität der universitären Räume für Lern- und Bildungsprozesse?

Von den Mensen und Cafés, über die Bibliotheken, hin zu Fluren und Foyers, Hörsälen und Seminarräu-

men, schreibt ein paar Wörter, Sätze oder Seiten. Malt oder zeichnet Bilder, schreibt Gedichte, findet Reime oder Zitate, kramt alte Fotos hervor – das alles unter der obigen Fragestellung und schickt es uns per Mail an:

[fsr-erzwiss@gmx.de](mailto:fsr-erzwiss@gmx.de)

Wir möchten alles sammeln (anonym oder mit Namen – wie ihr wollt) und auf Grundlage der gesammelten Beiträge mit Eurer Beteiligung eine Ausstellung machen, die der Auseinandersetzung mit dieser Fragestellung Öffentlichkeit verschafft. Wir werden in den kommenden Wochen zu einem gemeinsamen Treffen zur Vorbereitung der Ausstellung einladen.

Weitere Informationen werdet Ihr auf unserem Blog nachlesen können:

<https://fsr-erzwiss.blogs.uni-hamburg.de>

Wir freuen uns auf Eure Beiträge und Rückmeldungen!

# STUDENTISCHE VOLLVERSAMMLUNG FÜR DIE ÖFFNUNG ALLER BILDUNGS- INSTITUTIONEN!

Wir finden, dass sowohl die Universität als auch alle anderen Bildungseinrichtungen in neuer Qualität öffnen, zu geschützter Präsenz kommen müssen. Wir haben darüber viel diskutiert und den folgenden Antrag in den Fakultätsrat eingereicht. Er wurde nicht behandelt.

**W**ir haben zur Vollversammlung unter diesem Thema eingeladen und auch hier weiter über konkrete Umsetzungsmöglichkeiten und die Bedeutung von Bildung in Präsenz diskutiert. Aus der Vollversammlung hat sich eine AG gebildet, die diese Punkte in einem Forderungspapier/Offenen Brief ausformulieren wird. Wir wollen diesen gemeinsam mit Euch auf einer nächsten Vollversammlung diskutieren und verabschieden. Dazu laden wir Euch alle ein, am 09.04.2021 um 16 Uhr teilzunehmen und mitzudiskutieren, so dass wir gemeinsam nicht nur ein Zeichen setzen, sondern darüber hinaus auch konkrete Handlungsschritte verabreden, wie wir zu einer Wiederöffnung in neuer Qualität kommen.

- 
- ▶ **Zoom, Freitag, 09.04.2021 um 16 Uhr**  
**Thema: Studentische Vollversammlung ErzWiss**  
<https://uni-hamburg.zoom.us/j/97294533089?pwd=Q0s5clJrZDEwNktud1VydHFTUVcrdz09>  
**Meeting-ID: 972 9453 3089**  
**Kenncode: 40877409**

## Antrag an den Fakultätsrat Erziehungswissenschaft (17.03.21)

Plädoyer für die Öffnung der Bildungseinrichtungen mit neuem Anspruch

Es ist längst kein Insiderwissen mehr: Der Umgang mit der Covid19-Pandemie verschärft die soziale Ungleichheit insbesondere für Kinder und Jugendliche stark. Besonders betroffen sind dabei Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen.



Durch die Schließung der Bildungseinrichtungen und die damit einhergehende Isolierung fehlt der soziale Raum der Schule und der Jugendarbeit, was zu Einsamkeit und Ängsten führt sowie eine mangelnde Versorgung und Entwicklungsmöglichkeiten hervorruft.

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF gab am 03.03.21 bekannt, dass aktuell mehr als 168 Millionen Kinder weltweit seit fast einem Jahr aufgrund von Lockdowns vollständig vom Schulbesuch ausgeschlossen sind – womit häufig auch ein Ausschluss vom Zugang zu Nahrung und Gesundheitsversorgung einhergeht.

Nach dem am 02.03.21 veröffentlichten Barmer-Arzt-report hat sich hierzulande die Zahl der Kinder und Jugendlichen (bis 24 Jahre), die auf psychotherapeutische Hilfe angewiesen sind, zwischen 2009 und 2019 mehr als verdoppelt – auf 823.000 – und im zweiten Halbjahr 2020 waren die Zuwächse überdurchschnittlich hoch.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch die COPSY-Studie des UKE sowie die Studie „Kind sein in Zeiten von Corona“ des DJI München.

Die Funktion von Wissenschaft ist, das Bekannte in Frage zu stellen und der immanenten Widerständigkeit eine neue Praxis zu schaffen. Mit der Orientierung an den Sustainable Development Goals hat die Universität die Möglichkeit, zu einer Verbesserung der Lebensqualität beizutragen.

In diesem Sinne setzen wir uns als Mitglieder der Fakultät für Erziehungswissenschaft für die Öffnung der Schulen und außerschulischen Einrichtungen, wie der Jugendarbeit, ein, die für ein gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen erforderlich sind! Sie ermöglichen die Bildung zu weltoffenen, sozial-verantwortlichen sowie mündigen Personen und fördern das soziale, psychische und physische Wohlbefinden.

Denn: In den schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen geht es um mehr als durch das digitale Lernen und die Eltern zu leisten ist.

Für Bildung und Lernen ist der interpersonale Dialog und die empathische Resonanz immens wichtig. Die Entwicklung aller braucht die Auseinandersetzung mit den Beteiligten, das gemeinsame Hören, Sehen, Vorstellen, Überlegen, Nachdenken, Ideenfinden und -verwerfen in einer realen Klassen- oder Gruppengemeinschaft; kurz: eine Sache kann in Gänze nur in sozialer Gemeinschaft erschlossen werden – mit allen Konflikten und Herausforderungen, die zu einem echten Entwicklungsprozess dazugehören. Das soziale Miteinander von leibhaftigen Personen ist die Bedingung für die Qualität solchen Verstehens.

**Vor diesem Hintergrund möge der Fakultätsrat befassen, beraten und beschließen:**

- Im Sinne der sozialen Inklusion unterstützt der Fakultätsrat eine kluge Wiederöffnung von schulischen, außerschulischen und hochschulischen Bildungseinrichtungen (in geschützter Präsenz) und macht diese Position öffentlich.
- Der Fakultätsrat bekräftigt seinen Beschluss zur Planung von Präsenzlehre im kommenden Sommersemester aus Dezember 2020 und die darin aufgeführten Prioritäten für die verschiedenen Veranstaltungen. Die Studienplanung der Fakultät wird mit der Umsetzung des Beschlusses beauftragt.
- Der FALSS sowie die Fachbereichsräte werden darum gebeten, darüber nachzudenken, welche neuen Lernorte und -möglichkeiten erschlossen werden können, z.B. im Museum, projektgebunden, etc.



## PRÜFUNGSVERSUCH IN DER ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT

Wir können Euch an dieser Stelle mitteilen, dass der 4. Prüfungsversuch für die alten, wie auch die neuen Lehramtsstudiengänge erkämpft und in Kraft getreten ist. Es wurde bereits im vergangenen Herbst ein solcher Beschluss im Fakultätsrat gefasst und im Februar auch im Gemeinsamen Ausschuss Lehrerbildung (GALB), der bei allen die Lehramtsstudiengänge betreffenden Fragen mitentscheidet. Inzwischen sind auch alle notwendigen Formalitäten erledigt, sodass die Ankündigung im offiziellen Anzeiger erschienen ist und somit gilt.

In den grundständigen Studiengängen der Erziehungswissenschaft wurde zwar bisher keine derartige Formulierung in die Prüfungsordnung aufgenommen. Für die Praxis vereinbart ist jedoch, dass der vierte Prüfungsversuch bei Bedarf über einen Härtefallantrag, den jeder stellen kann, ermöglicht wird. Die Prüfungsausschüsse sind angewiesen diese Härtefallanträge positiv zu bescheiden. Sollte es deswegen Schwierigkeiten geben, meldet Euch unbedingt bei uns.

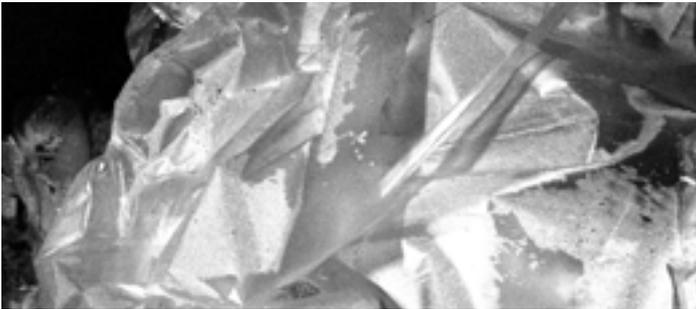
Im kommenden Herbst soll dann auch die Prüfungsordnung der grundständigen Studiengänge (Erziehungs- und Bildungswissenschaft) überarbeitet bzw. reformiert werden. Wir werden das im Fachschaftsrat vorbereiten und auch die bereits begonnene Prüfungsreform wieder aufnehmen.

Unser Ziel sind weniger Prüfungen, mehr Rückmeldungen, weniger pauken, mehr lernen.

**Wenn Ihr Euch daran beteiligen wollt, kommt gerne zu unseren Sitzungen, Informationen dazu findet ihr am Ende dieser Ausgabe.**

# DER FACHÜBERSCHREITENDE BEREICH (FÜB) – KONZIPIERT ALS ORT DER *CITOYEN-BILDUNG*

Allen grundständig Erziehungswissenschaft- und Bildungswissenschaft-Studierenden ist er bekannt: Der Bereich, der an unserer Fakultät FÜB (Fachüberschreitender Bereich) bzw. FÜS (Fachüberschreitendes Studium) heißt, ist uniweit durch die kontinuierliche Studienreform „von unten“ erstritten worden.



**V**orher (bis 2014) hieß dieser Bereich des Studiums, der eigens für die Bachelor- und Master-Studiengänge im Rahmen der Bologna-Reform konzipiert worden war, ABK (Allgemeine berufsqualifizierende Kompetenzen). Von den geistigen Machern war es so gedacht, dass dort vor allem soft-skills erlernt werden sollen (der Alltime-Favorit: Ein Workshop zu (sinngemäß) „Wie halte ich die Füße still und bastele eine Pinnwand?“) – also Kompetenzen, um sich gut präsentieren zu können. So wie auch die transformierte unternehmerische Uni darauf aus sein sollte, international sichtbar zu werden – so wie die Leuchttürme auf hoher See.

Mit Erkenntnisbildung – die viel mit Licht, Aufklärung, dem wissenschaftlichen Streit, dem Ringen um Wahrheit zu tun hat und damit originäre wissenschaftliche Aufgabe ist – hat das jedoch nichts zu tun. Vielmehr sollen die Universitäten seit den 1990er Jahren um zu geringe finanzielle Mittel sowie auch um ihre Erkenntnisse konkurrieren, um ein noch größerer „Leuchtturm“ zu werden als die anderen – quasi ein internationaler Leuchtturm-Vergleich. Die internationale (auch wissenschaftliche) Solidarität, für die sich die 68er-Bewegung eingesetzt hat, mit dem Anspruch die Lebensbedingungen der Menschen weltweit zu verbessern, sollte abgelöst werden durch die internationale (Standort-)Konkurrenz, damit die Wissenschaft bloß nicht zu frech und anspruchsvoll wird.

Diesen Konflikt um Uni in gesellschaftlicher Verantwortung haben vor allem aktive Studierende mit der Studienreform geführt und es ist gelungen, den ABK-Bereich uniweit abzuschaffen sowie in jeder Fakultät neu zu konzipierende „Werkstatt-Bereiche“ zu schaffen.

In vielen Auseinandersetzungen sowohl an dieser Fakultät als auch uniweit streiten wir fortgesetzt darum, worum es eigentlich in einer Universität gehen sollte bzw. welche Aufgabe Universität hat: Die Bearbeitung und Lösung gesellschaftlich drängender Fragen und Probleme, die der Erziehungswissenschaftler Wolfgang Klafki als die epochaltypischen Schlüsselprobleme bezeichnet hat – wie die Friedensfrage, soziale Ungleichheit, Ökologie, Kommunikation und Kontrolle etc.

In der Fakultät für Erziehungswissenschaft haben Studierende und Lehrende in der AG FÜS/FÜB fast ein Jahr um die Maßstäbe gerungen, die diesem neuen Bereich zugrundeliegen sollten. Streitbar verständigt haben wir uns auf die Bildung zum citizen, der als kritische Persönlichkeit in der Lage ist, mündig in das Gemeinwesen einzugreifen, die gesellschaftlichen Probleme erkennt und konfliktfähig ist, um bessere Bedingungen zu schaffen.

So heißt es im Papier „Das Fachüberschreitende Studium (Füs) in der Fakultät für Erziehungswissenschaft als Unterstützung der Bildung zum Citizen“ der AG FÜS vom 26. Januar 2014:

„Die Universität hat die Verantwortung zur Identifizierung, Formulierung und Erforschung sowie zur Lösung epochaler Schlüsselprobleme (wie z.B. Krieg/Frieden, soziale Ungleichheit, ökologisches Ungleichgewicht) beizutragen. Auch vor diesem Hintergrund soll das Füs den

Studierenden und Lehrenden einen Raum bieten, in dem

- kritische Perspektiven auf die bestehenden Verhältnisse, Praxen, in der sozialen Auseinandersetzung und in der Selbstreflexion erarbeitet und entwickelt werden,
- sich gemeinsam in Mündigkeit zur Mündigkeit gebildet wird,
- gesellschaftliches Engagement- innerhalb und außerhalb der Universität gefördert wird
- und exemplarisch (neue) Lösungs- und Handlungsmöglichkeiten entwickelt und erprobt werden können.

Das soll möglichst geschehen in interdisziplinärer, kritischer Reflexion im Sinne einer Zusammengehörigkeit von Theorie und Praxis sowie durch die direkte Anregung zur Entwicklung überfachlicher methodischer, sozialer und selbstreflexiver Fähigkeiten. Lernen durch Handeln und Reflexion mithilfe wissenschaftlichen Wissens und Denkens kann so neue Erfahrungen der demokratischen Mitgestaltung eröffnen.“ (S. 1)

Den affirmativen Berufspraxisbezug (in der Form des ABK) haben wir ersetzt durch einen kritischen Praxisbezug. Im Rahmen der uniweiten Diskussionen über den (ehemaligen) ABK-Bereich hat der Erziehungswissenschaftler Ludwig Huber den Begriff des „reflektierten Spezialisten“ geprägt. Bezogen auf das Studium bedeutet das, dass der durch das Fachstudium qualifizierte „Spezialist“ durch die explizite Einbeziehung erweiterter Perspektiven und Theorien der Nachbardisziplinen und einer historisch-kritischen Bearbeitung einer im jeweiligen Fach angesiedelten Fragestellung zum „reflektierten Spezialisten“ werden kann. In diesem Sinne hat auch die Konzeption von Projektstudien explizit den Anspruch, eine kritisch auf die Gesellschaft bezogene Fragestellung sowohl von allen Teilnehmer:innen gemeinsam zu entwickeln als auch gemeinsam intensiv unter Einbezug der Perspektive von Nachbardisziplinen zu bearbeiten. Mit dem Anspruch der Bearbeitung von gesellschaftlich relevanten Fragen der Erziehungswissenschaft, dem Einbezug von kritischer Gesellschaftstheorie sowie der Verortung von Erziehungswissenschaft in der Gesellschaft und der Möglichkeit der Durchführung von Projekten in der Praxis bzw. mit ständigem Bezug zur Praxis ist ein kritischer Praxisbezug herzustellen.

Der FÜB soll insbesondere aus solchen Projektstudien bestehen. Das ist kein Zufall: Das Projektstudium ist in den 1970ern entwickelt worden, als besonders geeignete Form Theorie und Praxis in einer Veranstaltung zu vereinen, durch das forschende Lernen einen Gegenstand zu durchdringen und in Form von Projekten praktische Ableitungen zu treffen – gesellschaftlich einzugreifen. Projektstudien dauern mehrere Semester (derzeit drei Semester) und ermöglichen eine langfristige Vertiefung in einer Seminargruppe.

Sobald die Maßstäbe verabschiedet waren, waren die Mitglieder der Fakultät von der AG FÜS/FÜB aufgerufen, Konzeptionen für Veranstaltungen einzureichen, über die die AG dann beraten hat.

Zu Beginn gab es vier Projektstudien, die ab 2015 angeboten wurden: Ein Projektstudium zur Friedensbildung, eines zur Demokratiebildung, zu Kommunikation und Gesellschaft sowie das Projektstudium „Uni in gesellschaftlicher Verantwortung“. Zudem gab es – wenige – einsemestrige Veranstaltungen, die aber auch auf dem Boden der skizzierten Maßstäbe standen.

Das Projektstudium „Uni in gesellschaftlicher Verantwortung“ ist im Kontext des FSR Erziehungswissenschaft entstanden und war gewissermaßen Motor für die Ausrichtung des FÜB als citizen-Bildung. In diesem dreisemestrigen Projektstudium beschäftigen wir uns mit je einem aktuellen epochaltypischen Schlüsselproblem und erarbeiten erziehungs- und bildungswissenschaftliche Antworten und Lösungen. Aktuell findet es zum vierten Mal statt. Bisher haben wir uns mit den folgenden Themen und Problemen beschäftigt:

- 1) Flucht und Migration als epochaltypisches Schlüsselproblem – Erziehungs- und bildungswissenschaftliche Zugänge und Fragen
- 2) Flucht und Migration als epochaltypisches Schlüsselproblem – Inklusion als Antwort der Erziehungs- und Bildungswissenschaft?
- 3) Die Revolte an der Uni Hamburg 1968/69 – Kontinuitäten, Konsequenzen und Schlussfolgerungen für heute“ (Projekt: Produktion des Films „Aufbruch – Die 68er Revolte an der Uni Hamburg“, online zu schauen unter: <https://aufbruch.blogs.uni-hamburg.de>)
- 4) Das aktuell laufende Projektstudium beschäftigt sich mit „Konfliktfähigkeit und produktivem Streit“ als bildungs- und erziehungswissenschaftliche Antworten auf Demokratie- und Menschenfeindlichkeit und konzipiert als Projekt einen Teil der Ausstellung „Konflikte“ im Museum der Arbeit (Ausstellungseröffnung: coronabedingt frühestens im November).

Im Wintersemester wird das nächste Projektstudium „Uni in gesellschaftlicher Verantwortung“ beginnen.

Die gemeinsam erstrittenen Maßstäbe waren mal (weitgehend) erfüllt. Aktuell könnte man meinen, dass nicht alle im FÜB angebotenen Veranstaltungen auf Grundlage der citizen-Bildung angeboten werden, sondern vielmehr der individuell-restriktiven Softskill-Ausrichtung schöne Augen machen. Vor diesem Hintergrund sollten im beginnenden Sommersemester – mit Blick auf die Planung der nächsten Semester – die Veranstaltungen im FÜB daraufhin überprüft werden, inwiefern sie den genannten Maßstäben noch gerecht werden oder ob eine Reform des FÜB an der Zeit ist, mit der die Bildung zum citizen und eine progressive gesellschaftliche Entwicklung im Rahmen von Projektstudien gestärkt wird.

Dafür ist zeitnah die AG FÜS/FÜB einzuberufen.

**Wir, der FSR Erziehungswissenschaft, sind insgesamt in die Studienreformaktivitäten involviert, dazu gehört auch die Reform des FÜB-Bereichs. Ihr seid herzlich eingeladen Euch daran zu beteiligen – meldet Euch dafür einfach bei uns.**

# AUS DER GESCHICHTE LERNEN!

Projektwoche zum 8. Mai an der Fakultät  
Erziehungswissenschaft (03.05.-08.05.2021)

„Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten.“

(Esther Bejarano)

Bereits in den vergangenen Jahren hat es Veranstaltungen zum 8. Mai gegeben. Wir möchten den diesjährigen Tag zum Anlass nehmen die Konsequenzen und Kontinuitäten des NS-Regimes, wie auch der Befreiung zu beleuchten, erziehungswissenschaftlich zu bearbeiten und so gemeinsam für ein NIE WIEDER FASCHISMUS zu wirken. Aus diesem Grund haben wir in einigen Fachbereichsräten, sowie dem FALSS (Fakultätsausschuss für Lehre Studium und Studienreform) Diskussionen angestoßen, so dass wir jetzt gemeinsam eine Projektwoche veranstalten werden.

## Den Aufruf dazu und Möglichkeiten der Beteiligung findet Ihr hier:

Die Befreiung von Deutschen Faschismus jährt sich am 8. Mai zum 76. Mal. Vor 76 Jahren wurde das NS-Regime besiegt und damit endete (zumindest in Europa) auch der Zweite Weltkrieg. Damit war der erste Schritt der Befreiung getan. Den damals gefassten Schwur von Buchenwald sowie im Folgenden das Potsdamer Abkommen gilt es jedoch weiterhin in Gänze umzusetzen - wie es z.B. die 68er-Bewegung mit der "zweiten Befreiung" vorangetrieben hat, indem sie die „vier D's“ (Demokratisierung, Denazifizierung, Demonopolisierung, Demilitarisierung) ernst nahm.

Mit dem Ziel, den 8. Mai mit der Perspektive der Befreiung zu einem Feiertag zu machen und sich damit für ein "Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!" bundesweit aktiv zu engagieren, werden diesjährig an jenem Tag stadtweit eine Vielzahl von kulturellen Aktivitäten stattfinden, an denen sich auf dem Rathausmarkt ("Weg des Widerstands") auch von studentischer Seite hochschulübergreifend beteiligt wird. Weitere Informationen sind auf der folgenden Seite zu finden:

<https://8mai-hamburg.de>

Den 8. Mai zum Anlass, wollen wir an unserer Fakultät eine Projektwoche ausrufen und Studierende und Lehrende dazu anregen, sich in ihren regulären Veranstaltungen in der Woche vor dem 8. Mai (03.05.-07.05.) den vielfältigen Aspekten, Auswirkungen und Erfordernissen der historischen Befreiung mit den je eigenen (Forschungs- und Lehr-)Schwerpunkten nachzugehen.

- Welche Auswirkungen hatte der Faschismus auf Pädagogik und Gesellschaft?
- Wie ist das Verhältnis von Befreiung, Widerstand und Pädagogik?
- Wie können wir als Pädagog:innen für die Befreiung in Gänze wirken?

Anhand eines Vorlesungsverzeichnisses für die Projektwoche soll Studierenden die Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen entlang eigener Interessen ermöglicht und die inhaltliche Abstimmung aller sich beteiligenden Lehrenden erleichtert werden. Zusätzlich sollen im Rahmen der Projektwoche neben der Umwidmung oder Erweiterung regulärer Lehrveranstaltungen auch auf dem Campus (vor dem Audimax) oder dem nahegelegenen Joseph-Carlebach-Platz Veranstaltungen stattfinden, für deren inhaltliche Ausarbeitung und kooperative Durchführung Lehrende und Studierende gleichermaßen angefragt sind.

Hierfür wird eine Arbeitsgruppe (bestehend aus Studierenden und Lehrenden) gegründet, die bspw. einen Filmabend, eine Lesung und/oder Vorträge auf dem Campus organisiert, eine "Station Erziehungswissenschaft/Pädagogik" beim "Weg des Widerstands" auf dem Rathausmarkt am 8. Mai plant und die rund um die Veranstaltungen der Projektwoche etwaig entstandenen Texte, Beiträge, Interviews etc. zu einer fakultätsweiten Broschüre aufbereitet.

Wenn Du Dich an der Arbeitsgruppe beteiligen möchtest, dann melde Dich gerne bei uns per Mail:

► [fsr-erzwiss@gmx.de](mailto:fsr-erzwiss@gmx.de)

## Flugblätter der Weissen Rose.

### I

Nichts ist eines Kulturvolkes unwürdiger, als sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenden Herrscherolique "regieren" zu lassen. Ist es nicht so, dass sich jeder ehrliche Deutsche heute seiner Regierung schämt, und wer von uns ahnt das Ausmass der Schmach, die über uns und unsere Kinder kommen wird, wenn einst der Schleier von unseren Augen gefallen ist und die grauenvollsten und jegliches Mass unendlich überschreitenden Verbrechen ans Tageslicht treten? Wenn das deutsche Volk schon so in seinem tiefsten Wesen korrumpiert und zerfallen ist, dass es ohne eine Hand zu regen, im leichtsinnigen Vertrauen auf eine fragwürdige Gesetzmässigkeit der Geschichte, das Höchste, das ein Mensch besitzt, und das ihn über jede andere Kreatur erhöht, nämlich den freien Willen, preisgibt, die Freiheit des Menschen preisgibt, selbst mit einzugreifen in das Rad der Geschichte und es seiner vernünftigen Entscheidung unterzuordnen, wenn die Deutschen so jeder Individualität bar, schon so sehr zur geistlosen und feigen Masse geworden sind, dann, ja dann verdienen sie den Untergang.

Goethe spricht von den Deutschen als einem tragischen Volke, gleich dem der Juden und Griechen, aber heute hat es eher den Anschein, als sei es eine seichte, willenlose Herde von Mitläufern, denen das Mark aus dem Innersten gesogen und nun ihres Kernes beraubt, bereit sind sich in den Untergang hetzen zu lassen. Es scheint so - aber es ist nicht so; vielmehr hat man in langsamer, trügerischer, systematischer Vergewaltigung jeden einzelnen in ein geistiges Gefängnis gesteckt, und erst, als er darin gefesselt lag, wurde er sich des Verhängnisses bewusst. Wenige nur erkannten das drohende Verderben, und der Lohn für ihr heroisches Mahnen war der Tod. Ueber das Schicksal dieser Menschen wird noch zu reden sein.

Wenn jeder wartet, bis der Andere anfängt, werden die Boten der rächenden Nemesis unaufhaltsam näher und näher rücken, dann wird auch das letzte Opfer sinnlos in den Rachen des unersättlichen Dämons geworfen sein. Daher muss jeder Einzelne seiner Verantwortung als Mitglied der christlichen und abendländischen Kultur bewusst in dieser letzten Stunde sich wehren so viel er kann, arbeiten wider die Geißel der Menschheit, wider den Faschismus und jedes ihm ähnliche System des absoluten Staates. Leistet passiven Widerstand - **W i d e r s t a n d** - wo immer Ihr auch seid, verhindert das Weiterlaufen dieser ateistischen Kriegsmaschine, ehe es zu spät ist, ehe die letzten Städte ein Trümmerhaufen sind, gleich Köln, und ehe die letzte Jugend des Volkes irgendwo für die Hybris eines Untermenschen verblutet ist. Vergesst nicht, dass ein jedes Volk diejenige Regierung verdient, die es erträgt!

Aus Friedrich Schiller, "Die Gesetzgebung des Lykurgus und Solon":

"...Gegen seinen eigenen Zweck gehalten, ist die Gesetzgebung des Lykurgus ein Meisterstück der Staats- und Menschenkunde. Er wollte einen mächtigen, in sich selbst gegründeten, unzerstörbaren Staat; politische Stärke und Dauerhaftigkeit waren das Ziel, wonach er strebte, und dieses Ziel hat er so weit erreicht, als unter seinen Umständen möglich war. Aber hält man den Zweck, welchen Lykurgus sich vorgesetzt, gegen den Zweck der Menschheit, so muss eine tiefe Missbilligung an die Stelle der Bewunderung treten, die uns der erste, flüchtige Blick abgeworfen hat. Alles darf dem Besten des Staates zum Opfer gebracht werden, nur dasjenige nicht, dem der Staat selbst nur als ein Mittel dient. Der Staat selbst ist niemals Zweck, er ist nur wichtig als eine Bedingung, unter welcher der Zweck der Menschheit erfüllt werden kann, und dieser Zweck der Menschheit ist kein anderer, als Ausbildung aller Kräfte des Menschen, Fort-

schreitung. Hindert eine Staatsverfassung, dass alle Kräfte, die im Menschen liegen, sich entwickeln; hindert sie die Fortschreitung des Geistes, so ist sie verwerflich und schädlich, sie mag übrigens noch so durchdacht und in ihrer Art noch so vollkommen sein. Ihre Dauerhaftigkeit selbst gereicht ihr alsdann vielmehr zum Vorwurf, als zum Ruhme - sie ist dann nur ein verlängertes Uebel; je länger sie Bestand hat, umso schädlicher ist sie.

.....Auf Unkosten aller sittlichen Gefühle wurde das politische Verdienst errungen und die Fähigkeit dazu ausgebildet. In Sparta gab es keine eheliche Liebe, keine Mutterliebe, keine kindliche Liebe, keine Freundschaft - es gab nichts als Bürger, nichts als bürgerliche Tugend.

.....Ein Staatsgesetz machte den Spartanern die Unmenschlichkeit gegen ihre Sklaven zur Pflicht; in diesen unglücklichen Schlachtopfern wurde die Menschheit beschimpft und misshandelt. In dem spartanischen Gesetzbuche selbst wurde der gefährliche Grundsatz gepredigt, Menschen als Mittel und nicht als Zwecke zu betrachten - dadurch wurden die Grundfesten des Naturrechts und der Sittlichkeit gesetzmässig eingerissen.

.....Welch schöneres Schauspiel gibt der rauhe Krieger Cajus Marcius in seinem Lager vor Rom, der Rache und Sieg aufopfert, weil er die Tränen der Mutter nicht fließen sehen kann!"

"...Der Staat ( des Lykurgus) könnte nur unter der einzigen Bedingung fort dauern, wenn der Geist des Volks stillstünde; er konnte sich also nur dadurch erhalten, dass er den höchsten und einzigen Zweck eines Staates verfehlte."

Aus Goethe "Des Epimenides Erwachen", zweiter Aufzug, vierter Auftritt:

Genien

.....  
Doch was dem Abgrund kühn entstiegen,  
Kann durch ein ehernes Geschick  
Den halben Weltkreis übersiegen,  
Zum Abgrund muss es doch zurück.  
Schon droht ein ungeheures Bangen,  
Vergebens wird er widerstehn!  
Und alle, die noch an ihn hängen,  
Sie müssen mit zu Grunde gehn

Hoffnung

Nun begegn' ich meinen Braven,  
Die sich in der Nacht versammelt  
Um zu schweigen, nicht zu schlafen,  
Und das schöne Wort der Freiheit  
Wird gelispelt und gestammelt,  
Bis in ungewohnter Neuheit  
Wir an unsrer Tempel Stufen  
Wieder neu entzückt es rufen:  
(Mit Ueberzeugung, laut.)  
Freiheit!  
(gemässigt)  
Freiheit!  
(von allen Seiten und Enden Echo)  
Freiheit!

---

# FÜR EINE SOLIDARISCHE UNIVERSITÄT, EINEN ZIVILEN HAFEN UND EIN WELTOFFENES HAMBURG!

Es ist genau ein Jahr her, da rief der UN-Generalsekretär Antonio Guterres zu einem globalen Waffenstillstand auf. Hintergrund war der Verweis darauf, dass die Menschen aus den kriegszerstörten Ländern, der Corona-Pandemie schutzlos, ohne Gesundheits- und Gemeinwesen, gegenüberstehen. Gleichzeitig ist der weltweite Ausnahmezustand und die voranschreitende Prekärisierung von Arbeits- und Lebensbedingungen, kein Anlass für die Rüstungsindustrie und die politischen Befürworter:innen von Militärinterventionen, nicht weiter aufzurüsten.

**W**ährend die öffentlichen Institutionen jahrzehntelang kaputt gespart wurden und auch in der Krise nicht ausfinanziert werden (siehe: Hochschulfinanzierung), hat die Europäische Union im Schatten der Pandemie einen Militärfond gegründet.

Die Bundesrepublik beteiligt sich munter daran und ist selbst ohnehin schon zum viertgrößten Rüstungsexporteur weltweit aufgestiegen. Schon längst haben Rüstungsindustrie und Militär das Potenzial darin erkannt, die Hochschulen als Entwicklungsorte von Kriegstechnologien jeglicher Art zu instrumentalisieren. Das deutsche Verteidigungsministerium stellt dementsprechend Milliardenbeträge für Rüstungsforschung bereit, nutzt (Add-On-Prinzip) und verfremdet (Dual-Use-Prinzip) aber auch die Erkenntnisse ziviler Forschung für wehrwissenschaftliche Zwecke. Das Interesse an universitärer Forschung, um diese für militärische Vorhaben zu verwerten, erstreckt sich dabei über alle Disziplinen hinweg!

Mit einer Zivilklausel positioniert sich eine Hochschule gegen diesen Missbrauch von Forschung und Lehre. Sie ist eine stetige Argumentation gegen den politischen Druck von rechts, sich an Militärforschung zu beteiligen.

Die Universität Hamburg verkündet in ihrem Leitbild, welches von den Mitgliedern in intensiver Auseinandersetzung in den 1990er Jahren gemeinsam entwickelt wurde, ein Wissenschafts- und Selbstverständnis unter den Prämissen von Internationalismus, Kooperation und Offenheit. Den Diskurs über die Ausrichtung der Universität gemeinsam zu führen, ist eine emanzipatorische Errungenschaft und das Ergebnis sozialer Kämpfe. Und auch die formulierten Leitsätze und Entwicklungsziele offenbaren eine humane und demokratische Haltung.

Trotzdem werden durch ihre vagen Formulierungen die Konfliktlinien sichtbar, die dem Konsens vorausgingen. Im Leitbild wird beispielsweise die wissenschaftliche Freiheit in gesellschaftlicher Verantwortung gefordert, der Diskurs darum, was unter Gesellschaft und Verantwortung gesetzt ist, wird auf diese Weise aber nicht geführt.

Aus diesem Grund brauchen wir eine Zivilklausel für die Universität, weil sie das Menschenfeindliche aufzeigt und einen Diskurs darüber (er-)öffnet!

Weitere Informationen zur bundesweiten Zivilklauselbewegung an und für Hochschulen findet ihr hier:

<http://www.zivilklausel.de>

Was für die Hochschulen gilt, brauchen wir auch für den Hafen. Der Kampf für eine ausschließlich zivile Nutzung des Hamburger Hafens zeigt nämlich auf, was die Vermarktung von Hafen und Stadt gezielt verschweigt. Zum einen gibt es in Hamburg eine große Solidarität mit geflüchteten Menschen aus der Bevölkerung. Zum anderen, gibt es die rund 90 Unternehmen in und um die Stadt, die Rüstungsgüter herstellen, über den Hafen verschiffen und so weltweit Menschen zur Flucht zwingen, weil mit diesen Waffen das Menschen- und Völkerrecht systematisch missachtet und verletzt wird. Das Bild des Tors zur Welt, eines weltoffenen und toleranten Hamburgs ist widersprüchlicher, als gemeinhin behauptet. Die Etablierung einer Zivilklausel soll diesen Widerspruch aufgreifen und damit jede:r Hamburger:in die Frage stellen: Ist dir bewusst, was jeden Tag den Hafen verlässt und wie verhältst du dich dazu?

Um die Frage hier einmal zu beantworten: Über 1000 Container mit tödlicher Ladung, darunter Bomben, Panzer, Kleinwaffen und Munition, Kernbrennstoffe und

Torpedoaufzüge für U-Boote sowie Kriegsschiffe, werden jährlich im Hafen verfrachtet.

Die Volksinitiative zum Stopp von Rüstungsexporten ist im März offiziell gestartet und kämpft für ein Ende dieser Praxis. Wir setzen auf eine kooperative und solidarische Kultur des Friedens gegen die Zerstörung von Mensch, Gesellschaft und Natur (d.h Lebensgrundlage) durch Kapitalismus und Imperialismus. Die Initiative setzt sich aus einem breiten Bündnis von Aktiven der Friedensbewegung, der sozialen –und ökologischen Bewegung, sowie parteipolitischen, gewerkschaftlichen, hochschulpolitischen, religiösen, künstlerischen und organisiert-migrantischen Kontexten zusammen. Unser Ziel ist es bis zum 10. September 2021 durch Aktionen und Gespräche auf den Straßen der Stadt, insgesamt 10.000 gültige Unterschriften zu sammeln, um einen Volksentscheid zu initiieren. Durch diesen sollen die Hamburger:innen die

Wahl haben zu entscheiden, ob zukünftig Rüstungsgüter über den Hafen transportiert und umgeschlagen werden dürfen.

Alle sind eingeladen mitzutun! Kommt gerne dazu!

**[kontakt@ziviler-hafen.de](mailto:kontakt@ziviler-hafen.de)**

- 
- ▶ Als Fachschaftsrat Erziehungswissenschaft unterstützen wir die Volkinitiative gegen Rüstungsexporte und den Kampf für eine zivile Universität, deren Forschung und Lehre sich den gesellschaftlichen Konflikten stellt und deren Erkenntnisinteresse auf die humane Entwicklung der Welt und das Wohlergehen aller Menschen gerichtet ist.
- 

## **FÜR EINE BEDARFSGERECHTE FINANZIERUNG DER FAKULTÄT FÜR ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT!**

Als Mitglieder der Fakultät für Erziehungswissenschaft übernehmen wir bedeutende Aufgaben für die Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens: Wir tragen in Forschung, Lehre und Studium zur Persönlichkeitsentfaltung aller bei und ermöglichen so die produktive Erarbeitung humaner Perspektiven zur Lösung der dringlichsten gesellschaftlichen Probleme wie sozialer Ungleichheit, kriegerischer Auseinandersetzungen oder fortgesetztem Klimawandel.

**U**m diesen gesellschaftlichen Anforderungen nach einer fortschreitenden Humanisierung der Welt gerecht zu werden brauchen wir eine massiv erhöhte Grundfinanzierung, die sich an unseren wachsenden Aufgaben orientiert.

Zu den dringend notwendigen Ausgaben gehört aktuell insbesondere die Anschaffung von Luftfiltern und die Anmietung von zusätzlichen Räumen, um als Teil einer wirklich wirksamen Pandemiebekämpfungsstrategie die dringend notwendigen Begegnungen als Grundlage eines produktiven Austausches aller Fakultätsmitglieder zu ermöglichen.

In den aktuellen Verhandlungen zu den Vereinbarungen zur Finanzierung zwischen Hochschulen und der Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke (BWFGB) sollen die finanziellen Mittel der Universität jedoch weiterhin nicht an die aktuellen Bedarfe

angepasst werden. (Ein Video zum Überblick über die aktuellen Haushaltsvereinbarungen und dem über die letzten Jahre angestauten finanziellen Defizit der Universität Hamburg findet ihr hier: <https://lecture2go.uni-hamburg.de/l2go/-/get/v/44369> .)

Das gilt auch für die Fakultät für Erziehungswissenschaft: So soll beispielsweise die von der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossene Reform der Lehrerbildung nur teilweise gegenfinanziert werden. Die neue Qualität der Lehrerbildung soll nicht nur durch den inhaltlichen Fokus auf gesellschaftliche Veränderung wie beispielsweise der Inklusion als fester Bestandteil von Studium und Lehre, sondern auch durch eine Erhöhung der Lehrkapazität (siehe Artikel zum Curricularen Normwert) realisiert werden. Kleinere Seminare und weniger betreute Abschlussarbeiten pro Lehrenden ermöglichen mehr Kooperation und Bezugnahme zwischen Lehrenden und Lernenden bei und ermöglichen so vertiefende Diskussionen und erweiterte Erkenntnisbildung statt oberflächlichem Pauken.

Insgesamt soll mit dem nächsten Doppelhaushalt der Stadt Hamburg durch massive Einschnitte bei Bildung, Kultur, Gesundheit und sozialer Daseinsvorsorge die finanzielle Krisenlast erneut auf die Bevölkerungsmehrheit abgewälzt werden, während Banken und Großkonzerne sich über großzügige Gewinne und Rettungsmaßnahmen freuen dürfen. Dabei sind wir es, die den materiellen und geistigen Reichtum tagtäglich erwirtschaften. So tragen wir an der Fakultät für Erziehungswissenschaft mit der Bildung von Lehrer\*innen oder Sozialpädagog\*innen beispielsweise entscheidend zu den dringend notwendigen Weiterentwicklungen der Bildungs- und Sozialeinrichtungen der Stadt bei.

Damit wir brav immer neuen Kürzungs- und Umstrukturierungsversuchen zustimmen, soll die Einrede, dass wir als Mehrheit der Bevölkerung den Gürtel enger schnallen und auf kooperative gesellschaftliche Entwicklung verzichten müssten, um stattdessen um künstlich verknappte Mittel zu konkurrieren weiterhin aufrechterhalten werden. Der Aufruf zu Verzicht soll die berechtigten - und immer lauter werdenden- Ansprüche der Bevölkerungsmehrheit kleinhalten.

Dabei zeigt die Auseinandersetzung im Rahmen des Baumert-Gutachten von 2012 (einem Gutachten zur Umstrukturierung der Fakultät für Erziehungswissenschaft mit dem Ziel von mehr „Sichtbarkeit“ im wissenschaftlichen Bereich- also Durchsetzungsvermögen im nationalen und internationalen Vergleich) exemplarisch: Die Unterwerfung unter die Prämissen des Neoliberalismus (eigenverantwortliches Einwerben von Drittmitteln, leistungsorientierte Mittelvergabe in Konkurrenz und marktorientierte Wissenschaft) sind schädlich für alle und führen in den meisten Fällen zu einer dauerhaften finanziellen Einschränkung und fortgesetzter Verhinderung wissenschaftlicher Tätigkeit.

Aus der Geschichte lässt sich lernen: Massive Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Lehre sowie alle anderen Bereiche des öffentlichen Lebens sind nicht nur möglich, sondern auch dringend geboten, um die aktuelle Krise zu lösen und ermöglicht planvolle, bewusste und kooperative Gestaltung des Gemeinwesens und persönlicher Entfaltung.

Der Durchbruch gelingt, wenn wir die Geschichte endlich in die eigenen Hände nehmen: In diesem Sinne laden wir euch herzlich ein zu unserer Demonstration „Wann, wenn nicht jetzt...! – Solidarisches Gemeinwesen fördern statt Banken und Konzernbilanzen!“ am 08.04.2021 um 17 Uhr am Dammtorbahnhof und zur fakultätsweiten Vollversammlung zur Auseinandersetzung mit der aktuellen Finanzierungssituation in der Erziehungswissenschaft (im Mai) ein.

# DEMONSTRATION

Donnerstag, 8.4.'21, 17 Uhr, ab Stephansplatz

## WANN, WENN NICHT JETZT...!

### Solidarisches Gemeinwesen fördern statt Banken und Konzernbilanzen!

Wir - Hamburgerinnen und Hamburger aus aller Welt - brauchen dringend massive öffentliche Investitionen und dauerhafte Ausgabenreduzierungen für eine sozial gerechte, lebenswerte Stadt. Die mit der Pandemie und ihrer politischen „Bewältigung“ verschärfte gesundheitliche, soziale und kulturelle Prekarität macht eines deutlich: Eine Abkehr von der jahrzehntelangen Unterfinanzierung der öffentlichen Einrichtungen, von Daseinsvorsorge, sozialer Infrastruktur und des demokratischen und solidarischen Gemeinwesens ist dringend erforderlich. Nun nehmen zwar Land und Bund Milliardenkredite auf. Diese Mittel kommen jedoch weder denjenigen zu Gute, die mit ihrer Arbeit den gesellschaftlichen Reichtum tagtäglich schaffen und das gesellschaftliche Leben selbst unter massiven Einschränkungen am Laufen halten, noch helfen sie jenen, die es aktuell am nötigsten brauchen. Und erst recht fließen sie nicht in diejenigen Bereiche, deren Erhalt und Ausbau die beste Pandemiebewältigung, gesundheitliche Prävention, eine nachhaltig positive Entwicklung des Gemeinwohls und eine echte wirtschaftliche Konjunkturbelebung gewährleisten können. Stattdessen soll im Zuge des zur „Pandemiebekämpfung“ gepredigten Verzichtsbots im nächsten Doppelhaushalt der Stadt Hamburg mit massiven Einschnitten bei Bildung, Kultur, Gesundheit und sozialer Daseinsvorsorge die finanzielle

Krisenlast erneut auf die Bevölkerungsmehrheit abgewälzt werden, während Banken und Großkonzerne sich über großzügige Gewinne und Rettungsmaßnahmen freuen dürfen. So wird der auf Sicht gesteuerte Kassen mit schiefhändischer Sicherheit gegen die Wand gefahren. Zur allgemeingüterförderlichen Lösung der Krise und zur nachhaltigen Kultivierung eines lebendigen, menschewürdigen und solidarischen Gemeinwesens bedarf es eines grundlegenden Richtungswechsels! Jetzt mehr denn je braucht es massive Investitionen in Bildung, Kultur, soziale und gesundheitliche Daseinsvorsorge sowie die öffentliche Infrastruktur. Diese Investitionen sind nicht nur angemessen, erforderlich und längst schon finanziell. Sie sind auch der einzig geeignete, nachhaltige Beitrag zur Bewältigung der ökonomischen Krise – akut wie auch im Sinne der nachfolgenden Generationen. Jeder Cent dafür nützt der gesellschaftlichen Entwicklung mehr als noch so viele Milliarden an der Aktionäre von Lufthansa, der Otto Group oder der Schuldenbedrängten an Großbanken und Investmentfonds. Der Kürzungswahn unter dem schädlichen Gebot der Schuldenbremse hat abgewirtschaftet. Wir ändern den Kurs – in Richtung des Lebens und der Entfaltung der 99%. Volle Fahrt voraus in solidarische Gefilde – zu einem für alle erfreulichen Gemeinwesen.

bitte wenden →

#### Bestandteil ausbauen!

- Für einen generell massiv aufgestockten, öffentlichen Dienst: Die Ausweitung von unterfinanzierten, sozialerem Beschäftigungsverhältnissen im öffentlichen Dienst, verbunden mit Arbeitsverkleinerung, erheblich mehr Personal und Mitarbeiter\*innen sowie die Anhebung des Mindestlohns setzt Maßstäbe für gute Arbeit überall, sichert die Anwerbung qualifizierten Personals und mindert sozialen Stress.
- Für massiven sozialen Wohnungsbau: Die Schaffung von hochwertigem, bezahlbarem, komfortablem Wohnraum für Alle mindert die gravierendsten sozialen und psychischen Sorgen, befreit die Konjunktur und trägt außerdem zur Hebung des allgemeinen Hygiene-Niveaus bei.

#### Bildung und Kultur für alle ermöglichen!

- Für inklusive, bedarfsgesteuert öffentlich finanzierte Bildung und Wissenschaft: Kulturförderung, Schulen und Hochschulen haben das allgemeine Bildungs- und Aufstiegsniveau, fördern die Persönlichkeitsentfaltung Aller, ermöglichen die effektive, akute Erarbeitung humaner Perspektiven zur Lösung der dringlichsten gesellschaftlichen Probleme.
- Für lebendige, offen offene Kulturlandschaft: Opern, Stadtteilkulturzentren, Galerien, Jazzszenen, Musikensembles, Veranstaltungsorte sowie Sport- und Freizeitanlagen regen zum kritischen Nachdenken und Eingreifen an, ermöglichen die Entfaltung kreativer Gestaltungspotentiale ohne Verwertungsdruck, bilden gesellschaftliche Alternativen und tragen zur Hebung der allgemeinen Immunität bei.

#### Öffentliche Daseinsvorsorge stärken!

- Für ein allen zugängliches Gesundheitswesen in öffentlicher Hand: Der Ausbau des öffentlichen Gesundheitswesens, der Gesundheitsämter, von Krankenhäusern, Senioren- und Pflegeeinrichtungen, der Feuerwehr und des Rettungsdienstwesens mit erheblich aufgestocktem und nachhaltig entlohnten Personal und deren Rückholung in ein bedarfsorientiertes, integriertes öffentliches Versorgungssystem gewährleistet eine bessere Kontaktverfolgung, ermöglicht quarantänebegleitende soziale Versorgung, sorgt für den spezifischen Schutz von Risikogruppen, verbessert die Behandlung Aller, fördert gesundheitliche Aufklärung und schafft Vertrauen.
- Für gesicherte und massiv gestärkte Sozialeinrichtungen: Der Ausbau von Obdachlosenunterkünften, Drogenhilfeeinrichtungen, sozialen Diensten, der offenen Kinder- und Jugendberufshilfe und sozialen Begleitungs- und Beratungsstellen mindert schwerste Nöte, fördert eine lebendige solidarische Alltagskultur, schafft persönliche und gesellschaftliche Gestaltungsperspektiven und verbessert zudem die Prävention.

#### Gesellschaftliche Teilhabe in jeder Lebenslage sicherstellen!

- Für eine sanktionsfreie, solidarische Mindestsicherung in allen Lebenslagen: Gesellschaftliche Teilhabe ist die Voraussetzung für ein gutes, erfülltes und langes Leben. Soziale Prekarität ist der gesundheitliche Risikofaktor Nummer 1.
- Für die menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten: Konfliktfreie, dezentrale Unterbringung, volle medizinische Versorgung und Erleichterung der Asyl- und Aufenthaltverfahren ist ein Gebot der Humanität, geschichtliche Verantwortung in der Welt und ein unverzichtbarer Beitrag zu Frieden, Menschewürde, Solidarität im Alltag und Gesundheit überlebt.

#### Gesellschaftlich orientierte Infrastruktur schaffen!

- Für einen überall gut ausgebauten ÖPNV: Konzeptionsfähige, flexible Mobilität für alle in einem integrierten öffentlichen Verkehrskonzept mit bedarfsorientierten Hygienestandards ermöglicht eine ökologisch nachhaltige Verkehrsverflechtung, mindert innerstädtische Gesundheitsbelastungen und gewährleistet soziale Teilhabe.
- Für eine sofortige Energiewende: Der Erhalt der weltweiten, natürlichen Lebensgrundlagen ist dringliche Menschheitsaufgabe, tut allen gut und schafft auch noch Arbeitsplätze.

**INTERNATIONAL SOLIDARISCH**  
SCHLUSS MIT AUSTERITÄT

www.schuldenbremse-streichen.de

# MEHR STUDIENPLÄTZE BEI BESSERER QUALITÄT – EIN WIDERSPRUCH?

Nachdem bereits vielerorts von verschiedenen Hochschulen NCs eingeführt wurden, um die Zulassung zu den Hochschulen zu beschränken, klagten mehrere Medizinstudent:innen vor dem Bundesverfassungsgericht um Zulassung. Das Verfassungsgericht fällte im Zuge dessen 1972 mit seinem „Numerus-Clausus-Urteil“ eine weichenstellende Entscheidung hinsichtlich der Nutzung der Lehrkapazitäten an Hochschulen.

**D**er NC war als Übergangslösung im Zuge der durch die 68er Bewegung erkämpften Öffnung der Hochschulen eingeführt worden, damit die notwendigen, auch baulichen Erweiterungen der Hochschulen realisiert werden konnten. Das Ergebnis des BVerfG Urteils lautete, Zulassungsbeschränkungen (z.B. in Form von NCs) seien fortan nur möglich „unter erschöpfender Nutzung der vorhandenen, mit öffentlichen Mitteln geschaffenen Ausbildungskapazitäten“ (BVerfG, 1972).

Begründet wurde dies mit dem im Art.12 Abs. 1 Satz 1 GG verfassten Recht auf freie Wahl des Berufs und der Ausbildungsstätte. Mit einem, noch im selben Jahr, geschlossenen Staatsvertrag regelten die 16 Länder nicht nur Zulassungsverfahren und -kriterien bundesweit einheitlich, sondern schufen die Rechts- und Berechnungsgrundlage dafür, dass alle Hochschulen ihre Lehrkapazitäten ausschöpfen und gleichmäßig belasten. Diese Regelungen hat jedes Bundesland in Form einer Kapazitätsverordnung (KapVO) in das jeweilige Landesrecht überführt. Der Wert zur Berechnung der Kapazitäten wird hierbei Curricularnormwert<sup>1</sup> (CNW) genannt.

Die Verabschiedung der KapVO und die Einführung einheitlicher CNWs führten also dazu, dass Studienbewerber:innen nicht willkürlich abgewiesen werden können und dass die Studienqualität an den unterschiedlichen Hochschulen etwa ähnlich gut ist.

Die Curricularnormwerte wurden allerdings in den kommenden Jahren wiederholt durch künstliches „Herumschrauben“ an den Parametern dessen modelliert. Ziel war es, die CNWs zu erhöhen und Studienplätze zu generieren, ohne tatsächliche Kosten zu verursachen. Rechnerisch wurde der CNW also verbessert und mehr Studienplätze geschaffen, während die reale Betreuungsrelation schlechter wurde und damit auch die Qualität der Lehre und der Forschung.

Die soziale Öffnung der Universitäten in den 1970er Jahren ging einher mit einer chronischen Unterfinanzierung, was in den 1990er Jahren zu einer effizienz- und wettbewerbsorientierten Vergabe (Stichwort: Exzellenzinitiative) der zu geringen Mittel führte. Seit Anfang der 2000er sind die KapVO und die CNWs als einheitliche Regularien zunehmend in die Kritik geraten und vor allem von neoliberalen Interessensvertreter:innen und ihrer Programmatik als veraltet, zu teuer, nicht mehr zeitgemäß oder auch als „ein besonders grausames Relikt der Bildungsexpansion (...) ein Stück Planwirtschaft, das es bis in die Gegenwart von Exzellenzinitiative und Bologna-Reform geschafft hat“<sup>2</sup> betitelt worden. Grund für die Kritik war das durch die Modellierung der CNWs künst-

1 Als Faustformel kann zum CNW gesagt werden: je höher der CNW, desto intensiver die Betreuung, desto kleiner die zu betreuenden Gruppen und desto geringer die Aufnahmekapazität der Hochschule. Umgekehrt gilt: Je niedriger der CNW, desto größer die Gruppen und desto höher die Aufnahmekapazität einer Hochschule für Studienanfänger:innen.

2 Wiarda 2007, zit. n. Würmann und Zimmermann 2010, S.6  
[https://www.hof.uni-halle.de/journal/texte/10\\_2/dhs\\_2010\\_2.pdf](https://www.hof.uni-halle.de/journal/texte/10_2/dhs_2010_2.pdf)



lich erschaffene Problem unzureichender Lehrqualität und schlechter Betreuungsrelation einerseits und der oft betonte Paradigmenwechsel der Hochschulpolitik andererseits. In den 70er Jahren waren Egalität und Gleichheit die vornehmlich erstrebenswerten politischen Ziele. Nun wird mit der Bologna-Reform die Aufmerksamkeit allerdings auf Wettbewerb, Profilbildung, Differenzierung, Exzellenz und Elite gerichtet. Das zugrundeliegende Paradigma wird als unausweichlich feststehende Variable angenommen und weder diskutiert noch angezweifelt. Das Kapazitätsrecht wird durch seine regulierende Funktion hierbei allgemein als Störfaktor gesehen, der den Wettbewerb und die anderen oben genannten Ziele einschränkt.

Hamburgs ehemalige Unipräsidentin Monika Auweter-Kurz sprach dann laut aus, was viele dachten, sich allerdings nicht unbedingt trauten dies in dieser Klar- (und Dreistigkeit) zu formulieren: „Es kann nicht länger unser Ziel sein, möglichst viele Studienplätze zu generieren (...) Wir müssen möglichst viele hochbegabte Studierende anlocken. Dafür brauchen wir eine bessere Ausstattung pro Student.“

Es ging in dieser Debatte keinesfalls um die Verbesserung der Qualität der Forschung und Lehre der Studierenden und Dozent:innen wegen, sondern allen voran darum Deregulierungen einzuführen, um den Wettbewerb der Hochschulen zu gewährleisten und zu fördern. In einer Studie des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) kann man dazu folgendes lesen: „Fixiert man die Aufmerksamkeit auf die Forderung nach Wettbewerb und Leistungsorientierung, so wird damit auf ein marktwirtschaftliches Modell rekuriert, das an eine Reihe von spezifischen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen geknüpft ist. Eine zentrale Voraussetzung ist dabei die Freiheit der einzelnen Marktteilnehmer zur Gestaltung ihrer Produkte und Produktionsbedingungen, denn in diesen Bereichen werden in der Regel die Grundlagen für Leistungswettbewerb geschaffen.“

2006 wurde der oben schon genannten Staatsvertrag reformiert. Die KapVO und die ihr zugrunde liegenden CNWs galten fortan in der ursprünglichen und bundesweiten Form nur noch für zentral zulassungsbeschränkte Studienplätze (Medizin, Pharmazie, Tiermedizin, Zahn-

medizin etc.). Für regional beschränkte Studienplätze wurden den Ländern und Hochschulen nun mehr Autonomie zugesichert. Als Alternative Regelungsmodelle zur KapVO wurden sogenannte Bandbreiten oder Vereinbarungmodelle eingeführt<sup>3</sup>. Diese neuen Regelungsmodelle stehen laut CHE und HRK (Hochschulrektorenkonferenz) gegen Nivellierung und für mehr Autonomie und wettbewerbliche Differenzierung. Wie so oft ist es vor allem das „Nicht-Erwähnte“, was viel über einen Diskurs aussagen kann: in diesem Fall sind es die Interessen aller Studierenden, die in dieser Debatte keinen Raum finden. Denn es macht einen gewaltigen Unterschied, ob die Qualität der Lehre mit dem Ziel verbessert werden soll die einzelnen Hochschulen wettbewerbsfähig zu machen und vermeintlich „Hochbegabte“ zu fördern oder weil die Studienqualität tatsächlich für alle Studierenden verbessert werden soll. Bis heute ist die Debatte um die KapVO und die CNWs nicht abgeschlossen und wird weiterhin unter oben beschriebenem Paradigma mit den zugehörigen Zielen diskutiert.

Gibt es also nur diese beiden Alternativen: Quantität und Egalität vs. Qualität und Studienplatzabbau vor allem zu Ungunsten weniger privilegierter Studieninteressent:innen?

Nein! Dies ist ein vorgeschobener Konflikt, der vor allem dazu dient, wettbewerbsorientierte Interessen und Entscheidungen durch Begründungen qualitativer Art zu legitimieren und durchzusetzen. Wir haben allerdings nicht nur die Wahl zwischen Pest oder Cholera, sondern können durch die Beendigung der chronischen Unterfinanzierung der öffentlichen Hochschullandschaft und der Abkehr, von der damit verbundenen und künstlich erzeugten Knappheit finanzieller Mittel beides haben: Gute Qualität in Forschung und Lehre und ausreichend Studienplätze für alle Studieninteressent:innen!

Wir brauchen also weiter eine soziale Öffnung der Hochschulen bei gleichzeitig bedarfsgerechter Ausfinanzierung. Dafür streiten wir z.B. am Donnerstag, den 08.04. auf der Straße. Informationen dazu findet Ihr im Artikel zur Hochschulfinanzierung.

<sup>3</sup> Zur vertiefenden Lektüre in die Einführung der verschiedenen Modelle: Zimmermann, K. (2010). Kapazitätsrechtliche Grundlagen und alternative Regelungsmodelle im hochschulpolitischen Diskurs. *Die hochschule. Journal für Wissenschaft und Bildung*, 2: 9.21.

# **GESUNDHEIT ALS GESELLSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNG UND „EIGENVERANTWORTUNG“ ALS IRRWEG**

Aktuell kann – vor allem durch die Berichterstattung und die Rechtfertigung der verschärften Lockdown-Maßnahmen – schnell der Eindruck entstehen, das Einzige was für Gesundheit zählt, sei, dass wir uns nicht mit Covid infizieren. Und das erreichten wir nur durch die eigene Beschränkung und komplette Isolierung - es bliebe nur abzuwarten. Mit diesem Umgang werden wir weder der Gesundheit oder dem sozialen Leben gerecht, noch lassen sich dadurch die Pandemie oder andere gesellschaftliche Probleme lösen.

## **Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheiten**

Gesundheit in einem umfassenden, positiven Sinne, wie es auch in der WHO-Definition gefasst ist,

ist „ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen“.

Gesundheit besteht also darin, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, u.a. mit sinnvoller Arbeit etwas zum Allgemeinwohl beitragen zu können, wie z.B. Kindern und Jugendlichen in Bildungseinrichtungen zu ermöglichen, sich als kritische und solidarische Persönlichkeiten zu entwickeln.

Aufklärerische Kultur, die dazu beiträgt, die aktuelle Zeit besser zu verstehen und neue Perspektiven zu eröffnen, gehört – genauso wie die Möglichkeit der sportlichen Betätigung – zum gesunden menschlichen Leben. Ebenso wie sinnvolle Arbeit und aufklärerische Kultur gehört auch die mit dem Studium verbundene kritische Erkenntnisbildung und damit verbunden gemeinsame Diskussionen zur Entwicklung von Perspektiven dazu.

In diesem Sinne ist Gesundheit (wie auch von der WHO geweitet gefasst) nicht einfach nur die Abwesenheit von körperlichen Krankheiten, sondern die Entwicklung von Handlungsfähigkeit, die wir auch durch die genannten Bestandteile des Lebens (z.B. durch ein gesellschaftlich-eingreifendes Studium) stetig erweitern können und müssen.





## Gesundheit ist eine soziale Frage

Durch die Covid-Pandemie wird noch einmal mehr deutlich, dass Gesundheit gesellschaftlich verstanden und geschaffen werden muss. So wie Gesundheit alle Bereiche des menschlichen Lebens betrifft, ist die Corona-Krise nicht nur eine Gesundheits-Krise im engeren Sinne, sondern betrifft die soziale Frage insgesamt. Einige wenige, wie z.B. der Amazon-Chef, profitieren immens von dieser menschengemachten Krise, während die Lebensbedingungen für alle massiv verschlechtert werden.

Schon vor der Pandemie war Gesundheit eine Klassenfrage. Und auch das Virus (be)trifft zwar alle, aber nicht alle gleich: Es finden dort am meisten Ansteckungen statt, wo es beengte, unhygienische, menschenverachtende und unsoziale Räumlichkeiten und Arbeits- sowie Lebensbedingungen gibt, wie in den Alters- und Pflegeheimen, in den Fleischfabriken von Tönnies und den Unterkünften der Spargelstecher:innen. Armut, schlechte Arbeits- und Wohnbedingungen sowie Unterernährung sind grundsätzlich Ursache für Krankheit und körperliche Einschränkungen.

Auch wir Studierende leben unter prekären Bedingungen und durch die Unschließung ist der Arbeit in Lerngruppen, dem Austausch und der Perspektivbildung der Raum entzogen. Die derzeitige Fixierung auf die Senkung der allgemeinen Corona-Inzidenzzahlen und auf den Lockdown lenkt den Blick ab von der krankmachenden sozialen Ungleichheit, dem Sozialstaatsabbau (Privatisierung und Schließung von Krankenhäusern, Personalman-

gel in Ämtern) und damit von den sozialen Bedingungen, die insgesamt für Krankheiten, vermeidbare Einschränkungen und unzureichende Behandlungsmöglichkeiten ursächlich sind.

Die Umsetzung einer wirksamen Pandemiebekämpfung durch Impfstrategie, Testkapazitäten, Luftfilteranlagen, die Öffnung der Bildungseinrichtungen mit erweitertem gesellschaftlichen Anspruch etc. ist möglich! Den dafür notwendigen gesellschaftlichen Reichtum produzieren wir alle tagtäglich. Die Verwendung dieses Reichtums für eine soziale Lösung der Krise müssen wir jedoch erst erstreiten: die Rekommunalisierung der Krankenhäuser, den Ausbau des Gesundheitswesens, die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich z.B. in den Pflegeberufen. Gesundheit als in diesem Sinne gesellschaftliche Angelegenheit müssen wir jedoch gegen Interessen durchsetzen, für die der Profit über der Gesundheit steht.

## Solidarität in den aktuellen Konflikten für ein gutes Gesundheitswesen in Hamburg

In Hamburg wird sehr deutlich, dass wir nur solidarisch ein gutes kommunales Gesundheitswesen – bei dem die Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen – durchsetzen können und zwar an dem Konflikt um den mutigen Beitrag der Pflegerin und Personalrätin Romana Knezevic, die sich gegen die Arbeitsbedingungen im Krankenhauskonzern „Asklepios“ aufgelehnt hat und sich in einem

TV-Interview sehr kritisch und kämpferisch über die veränderungsnotwendigen Zustände im profitorientierten Krankenhaus geäußert hat. Sie macht u.a. darauf aufmerksam, dass durch Personalmangel keine Zeit für eine würdevolle Betreuung besteht und Patienten teilweise allein in den Zimmern sterben müssen.

Dieser Protest gegen die Menschenunwürdigkeit in den profitgetriebenen Kliniken ist von der Überzeugung getragen, dass gute Bedingungen durchgesetzt werden müssen und können.

Unternehmerische Interessen sind mit wirklich gesund-machenden Bedingungen in den Krankenhäusern unvereinbar. Jegliche andere Außendarstellung liegt als Heuchelei und Marketing immer offener zu Tage. Dazu kommt, dass Maßnahmen der Regierung, wie die Boni-Zahlungen, als grober Versuch der Beruhigung und darüber hinaus als Spaltungsversuch innerhalb der Belegschaft durchschaubar sind.

Die versuchte Kündigung von Romana durch Asklepios (und damit der Einschüchterungsversuch an sie, die Kolleg:innen und darüber hinaus) wurde durch die sich weiter entwickelnde Organisierung des „Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“ und durch die „Hamburger Krankenhausbewegung“, die lauten Proteste von vielen Aktiven, Kundgebungen und durch das wachsende Stadtbündnis mit Beteiligten aus unterschiedlichen Bereichen (von politischen Künstler:innen wie Rolf Becker über Aktive in politischen Jugendvereinen bis hin zu Aktiven von FridaysForFuture) zurückgedrängt.

Nach dem Einschüchterungsversuch von „Asklepios“ kommt aktuell noch ein weiterer Krankenhauskonzern (ATOS Klinik) dazu, der die Betriebsrätin Anja C. gekündigt hat, mit dem Vorwurf sie habe ihre Tätigkeit im Betriebsrat außerhalb ihrer regulären Arbeitszeit ausgeübt.

Die Einschüchterungsversuche der Konzernleitungen sind Reaktionen auf die sich entwickelnde Organisierung, ein gesteigertes Selbstbewusstsein, die öffentliche Aufmerksamkeit für die Notwendigkeit eines guten Gesundheitswesens und die zunehmende Fragwürdigkeit einer Regierungspolitik, die zwar vorgibt, viel zu tun, aber Jahre lang – noch bis ins letzte Jahr hinein – Krankenhäuser und Stationen (Kürzungspläne von Bertelsmann) geschlossen hat und noch schließen wollte. Es bleibt nur, die Dinge verstärkt selbst in die Hand zu nehmen!

## Solidarität versus Eigenverantwortung

Für die Steigerung der Solidarität haben wir die Ideologie der Eigenverantwortung zu knacken.

Spätestens seit den 1990er Jahren mit dem Umbau des Sozialstaats, der „Agenda 2010“ und der Einführung der „Hartz IV“-Reformen der Schröder-Regierung wurde die Frage nach dem Zusammenhang des Sozialen immer weiter in die eigene, individuelle „Leistungsfähigkeit“ verschoben. Im Zusammenhang mit dem Sozialstaatsumbau – und damit einer Umverteilung von unten nach oben – wurde mit der ideologischen Einrede, jeder würde

doch durch seine Leistungsbereitschaft schon Gerechtigkeit erfahren („Jeder ist seines Glückes Schmied“) und durch massive Hetze über „Sozialschmarotzer“ und „Soziale Hängematten“ (durch Springer-Press und Co.) viel zur Entsolidarisierung beigetragen. Die soziale Ungleichheit, die immer weiter zunahm und nimmt (u.a. auch durch Privatisierungen der öffentlichen Bereiche), sollte dadurch als natürlich erscheinen und verschleiert werden. Alle in prekärer Lage soll(ten) sich für diese Lage und die damit verbundenen Einschränkungen selbst die Schuld geben und damit weniger Ansprüche haben.

Gegen die wachsende Einsicht, dass wir von der Regierung und durch Profitinteressen keine soziale Lösung der Krise zu erwarten haben und dass größere gesellschaftliche Veränderungen notwendig sind, wird die Ideologie der Eigenverantwortung auch aktuell in der Frage um die Überwindung der Pandemie stark befeuert. So soll die Solidarität z.B. kurzerhand durch die Werbespots der Bundesregierung zu einem eigenverantwortlichen „Sofa-Heldentum“ umgedeutet werden.

Aber es wird auch immer deutlicher, dass diese Logik scheitert, da sich damit nicht erklären lässt, wie es so zu grundsätzlichen Verbesserungen kommen soll, wie beispielsweise dazu, dass mehr Pflegepersonal mit besserer Bezahlung und reduzierter Arbeitszeit im Krankenhaus eingestellt wird. Wie begrenzt diese Einrede ist, wird auch deutlich an der Tatsache, dass wir es mit einer internationalen Pandemie zu tun haben, die ähnlich wie auch Kriege oder der Klimawandel eine internationale Lösung braucht, die nur durch Kooperation hervorgebracht werden kann.

Doch die Entwicklung ist nicht alternativlos und es gibt zunehmendes soziales Engagement und Bewegungen für Sozialaufbau und Solidarität in den verschiedensten Bereichen, wie z.B. die Kampagne „International Solidaris: Schluss mit Austerität“, bei der wir uns auch als FSR beteiligen (siehe Aufruf zur Demo). Der gesellschaftliche Reichtum ist groß genug, um die öffentlichen Bereiche ausfinanzieren zu können, damit die grundlegenden Bedürfnisse (beispielsweise durch ein gutes Gesundheitswesen) erfüllt werden – wenn wir ihn dafür umverteilen. So muss der Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung als Grundrecht auch für wirklich alle (ohne individuelle Leistungsanforderung) verwirklicht werden.

## Raus zum 1. Mai!

Es nähert sich der 1. Mai und damit auch die Gelegenheit, gemeinsam für sinnvolle Arbeit mit guten Bedingungen und eine Demokratisierung der Betriebe, des Gesundheitswesens, der Sozialen Arbeit etc. auf die Straße zu gehen. Der Tag der Arbeit ist eine gute Gelegenheit, statt sich auf die Eigenverantwortung zurückwerfen zu lassen, gemeinsam auf die Realisierung von sozialen und politischen Rechten (wie sinnvolle Arbeit und auf würdevolle Gesundheit) zu setzen.

---

## EINLADUNG ZUR AUFFÜHRUNG VON „AUFBRUCH – DIE 68ER-REVOLTE AN DER UNI HAMBURG“!



- **Am: 13.04.2021**
- Um: 18 Uhr (Filmdauer: 90 min)**
- Einlass ist ab 17.45 Uhr.**
- Ort: Abaton Kino**

Mit 1968 und der Studierendenbewegung ist – 50 Jahre nach Gründung der Universität Hamburg – ein demokratischer Aufbruch verbunden gewesen, der weitreichende Auswirkungen hatte.

Die offensive Auseinandersetzung mit dem Faschismus und den autoritären Strukturen der Nachkriegszeit, mit dem Vietnam-Krieg und der spießbürgerlichen kulturellen Enge ermöglichte die (tendenzielle) Demokratisierung vieler gesellschaftlicher Bereiche sowie eine kulturelle Emanzipation.

Im Rahmen des dreisemestrigen Projektstudiums „Universität in gesellschaftlicher Verantwortung“ und anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der UHH ist der Film entstanden. Die Fragen des Films sind jetzt aktueller denn je: Wie kam es zu den Umwälzungen rund um '68? Welche Bedeutung hatten und haben sie für die Beteiligten, die Universität und die Gesellschaft insgesamt? Und braucht es heute – vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen – erneut einen Aufbruch?

Zu diesen und anderen Fragen wurden Interviews geführt, u.a. mit dem ehemaligen Uni-Präsidenten Peter Fischer-Appelt, den damals im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) Aktiven Arwed Milz, Thomas Thielmann, Angelika Ebbinghaus, Karl-Heinz Roth und Julia Carmesin sowie Timm Kunstreich, Helmut Richter und heute aktiven Studierenden an der Universität Hamburg.

Im Anschluss an den Film besteht die Gelegenheit zur Diskussion des Gesehenen. Wir wollen gemeinsam über die derzeitigen gesellschaftlichen Herausforderungen

und Aufgaben der Universität Hamburg diskutieren. Wie können wir Studierende die Uni mitgestalten zu ihrer Öffnung in neuer Qualität beitragen. Was sind die aktuellen Konflikte und wie können sie positiv entschieden werden?

Die Veranstaltung richtet sich an Studienanfänger:innen der Uni Hamburg, aber auch alle anderen Interessierten sind herzlich willkommen.

Wir freuen uns eine Möglichkeit gefunden zu haben, den Film unter den derzeitigen Umständen zeigen zu können und darauf gemeinsam mit Euch zu diskutieren.

Die Veranstaltung findet unter Einhaltung der aktuell geltenden Hygienemaßnahmen statt. Da wir in der Teilnehmer:innenzahl begrenzt sind, bitten wir um eine Voranmeldung an die folgende Mailadresse:

**aufbruch68@gmx.de**

Der Eintritt ist kostenlos, Spenden (für die Raummiete) sind erwünscht.

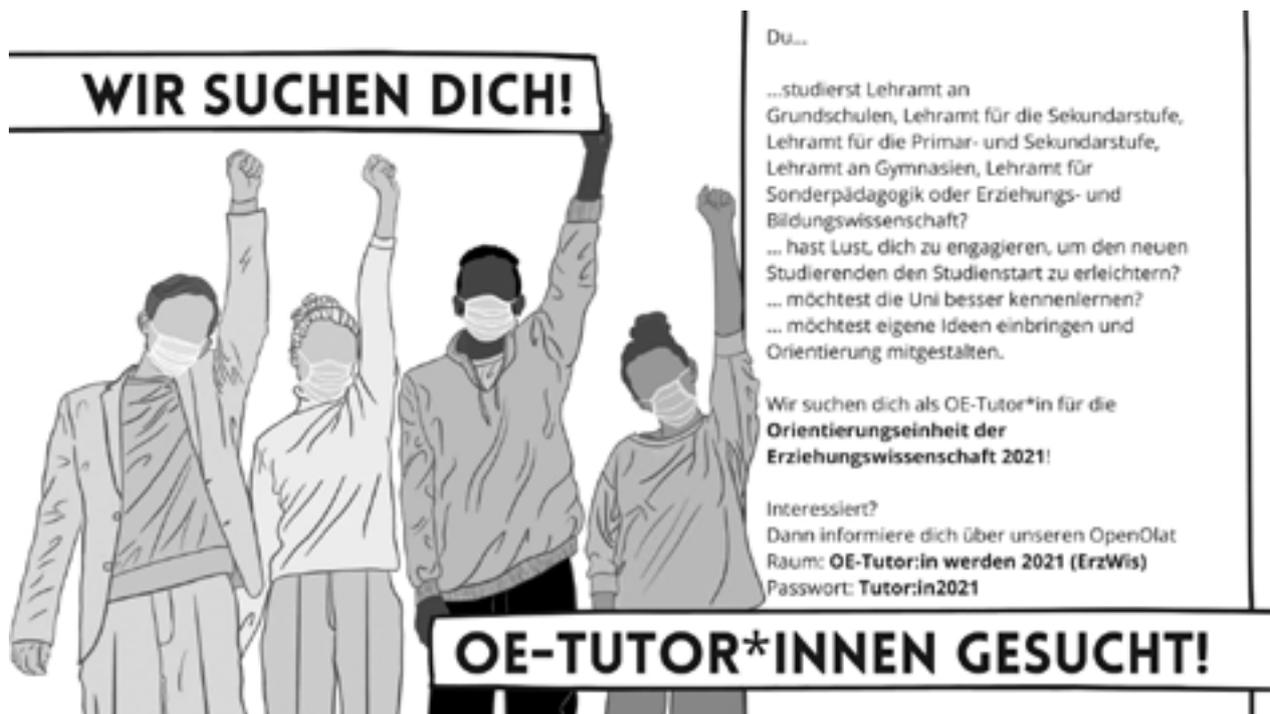
**Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen bezüglich Veranstaltungen vor dem Hintergrund der Ausgangsbeschränkung:**

Die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen stellen zwar eine Herausforderung, aber kein Hindernis für den Besuch der Veranstaltung dar. Wir informieren daher im Folgenden über die wichtigsten Regelungen.

Laut § 9 der aktuell gültigen Hamburgischen SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung (vgl. <https://www.hamburg.de/verordnung/>) sind Veranstaltungen mit bis zu 50 Personen zulässig, wenn dafür die in § 9 genannten Kriterien erfüllt sind, wenn es also u.a. ein Hygienekonzept gibt, die Kontaktdaten der Teilnehmer erfasst werden etc.

Es gibt keine Bestimmung, die regelt, dass Veranstaltungen vor 21 Uhr beendet sein müssen. Wenn man also nach 21 Uhr (allein) von einer Veranstaltung nach Hause geht oder fährt, gilt (aktuell noch) der neu eingeführte § 3a Nächtliche Ausgangsbeschränkung. Darin ist geregelt, dass man sich zur „Abwendung einer Gefahr für Leib und Leben“ (Absatz 1, Satz 1) außerhalb einer Wohnung aufhalten darf. Ohnehin gilt laut Absatz 2, dass sich „eine Person allein“ „zur körperlichen Bewegung“ außerhalb einer Wohnung aufhalten darf.

Wenn man sich also nach 21 Uhr (alleine) auf den Nachhauseweg macht, dann kommt man nach unserer Auffassung, nach Auffassung der Rechtsanwältinnen, mit denen wir gesprochen haben und auch nach Auffassung des Mitarbeiters der Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei Hamburg, mit dem wir telefoniert haben, nicht in Widerspruch zur aktuellen Hamburgischen SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung.



## DIE ORIENTIERUNGSEINHEIT FÜR DAS WINTERSEMESTER 2021 – OE TUTOR:INNEN GESUCHT!

Die Orientierungseinheit für die Bachelorstudiengänge an unserer Fakultät ist zwar erst im Herbst, die Vorbereitungen laufen aber bereits. Damit wir auch in diesem Jahr eine gute OE vorbereiten und durchführen können, suchen wir noch Tutor:innen.

Die Orientierungseinheit (OE) findet in der Woche vor Vorlesungsbeginn statt (04.- 08.10.2021). Wir studentische Tutor:innen bereiten diese Woche vor und begleiten die Studienanfänger:innen während ihrer ersten Tage an unserer Fakultät. Es geht uns nicht nur darum, den Studienplan zu vermitteln, sondern auch darum, einen Einblick in die universitären Strukturen zu geben und uns gegenseitig kennenzulernen. Wir werden uns in der Vorbereitung gemeinsam die neuen Inhalte aneignen, Formate konzipieren und diskutieren, um sie dann bestmöglich an die Studienanfänger:innen weiterzugeben. Du hast als Tutor:in also die Möglichkeit die OE aktiv mitzugestalten!

Wenn Du Lehramt an Grundschulen, Lehramt für die Sekundarstufe, Lehramt für die Sekundarstufe I, Lehramt an Gymnasien oder Erziehungs- und Bildungswissenschaft studierst und gerne OE-Tutor:in werden möchtest, dann freuen wir uns auf deine Mitgestaltung der OE. Wie das geht, erfährst Du im Folgenden:

Am 08.04 und 03.05. (18 Uhr) finden erste unverbindliche Informationstreffen über Zoom statt, bei denen wir Dir alle wichtigen Informationen geben und ein erstes Kennenlernen stattfindet. Aufgrund der aktuellen Situation ist dies leider nicht so direkt möglich.

Du...

...studierst Lehramt an Grundschulen, Lehramt für die Sekundarstufe, Lehramt für die Primar- und Sekundarstufe, Lehramt an Gymnasien, Lehramt für Sonderpädagogik oder Erziehungs- und Bildungswissenschaft?  
 ... hast Lust, dich zu engagieren, um den neuen Studierenden den Studienstart zu erleichtern?  
 ... möchtest die Uni besser kennenlernen?  
 ... möchtest eigene Ideen einbringen und Orientierung mitgestalten.

Wir suchen dich als OE-Tutor\*in für die **Orientierungseinheit der Erziehungswissenschaft 2021!**

Interessiert?  
 Dann informiere dich über unseren OpenOlat  
 Raum: **OE-Tutor:in werden 2021 (ErzWis)**  
 Passwort: **Tutor:in2021**

**OE-TUTOR\*INNEN GESUCHT!**

Hier findest Du den Link und das Kennwort für unsere Informationstreffen am 08.04. & 03.05 (Du kannst aussuchen an welchem Termin Du teilnehmen möchtest), jeweils um 18 Uhr:

- ▶ <https://uni-hamburg.zoom.us/j/97311873007?pwd=M25scHhTVtliUHNMR0M0MjlxamkrUT09>  
 Kennwort: 35858288

Da wir bald beginnen wollen, findest Du alle Informationen, sowie eine Möglichkeit des gemeinsamen Austausches online. Dafür kannst Du dem folgenden OpenOlat Raum beitreten:

- ▶ OpenOlat Raum: OE-Tutorin werden 2021 (ErzWis), Passwort: Tutor:in2021

Hier kannst Du alle Informationen zum weiteren Vorgehen, das Bewerbungsverfahren und die fixen Termine finden. (Frist für die Abgabe der Vorverträge ist Anfang Mai)

Falls Du noch Fragen hast, oder noch etwas unklar ist, dann wende Dich gerne per Mail an das Organisationsteam ([orga.oe@gmail.com](mailto:orga.oe@gmail.com)).

**Wir freuen uns auf Dich!**

**Eure OE-Orga**



## TERMINÜBERSICHT

<b>08.04.2021</b> <b>17 Uhr</b>	Demonstration: „Wann, wenn nicht jetzt...! Solidarisches Gemeinwesen fördern statt Banken und Konzernbilanzen!“ ab Stephansplatz
<b>09.04.2021</b> <b>16–18 Uhr</b>	Studentische Vollversammlung der Erziehungswissenschaft über zoom
<b>13.04.2021</b> <b>18 Uhr</b>	Filmveranstaltung zu „AUFBRUCH – Die 68er-Revolution an der Uni Hamburg“ im Abaton
<b>03.05.2021</b> <b>18 Uhr</b>	Interessientreffen zur Orientierungseinheit im Wintersemester
<b>03.–08.05.2021</b>	Projektwoche zum 8. Mai
<b>05.2021 (Tag ist noch unbekannt)</b>	Fakultätsweite, mitgliederübergreifende Vollversammlung zur Hochschulfinanzierung

Über alle weiteren Termine informieren wir via Stine-Mail und auf unserem Blog.

# WIE IHR UNS ERREICHT...

---

## Offene Sitzungen

Wir treffen uns jeden Mittwoch, auch in der vorlesungsfreien Zeit. Wir planen Veranstaltungen, beraten gemeinsam die Lage an der Fakultät, in Uni und Gesellschaft, bestreiten gemeinsam die Gremiensitzungen der Fakultät, machen aktiv Studienreform und setzen uns insgesamt für bessere Bedingungen ein. Wir arbeiten eng mit anderen FSREN der Fakultät zusammen.

Unsere Sitzungen sind jeden Mittwochnachmittag in Präsenz und offen für alle, die kommen wollen.

Wegen der derzeitig schwierigen Raumsituation schreibt uns bitte eine E-Mail, dann können wir einen entsprechenden Raum finden und Euch die genauen Daten dazu schicken.

---

## Internet

Ihr findet Informationen auf unserem Blog <https://fsr-erzwiss.blogs.uni-hamburg.de/> oder bei facebook.

Außerdem erreicht ihr uns per Mail: [fsr-erzwiss@gmx.de](mailto:fsr-erzwiss@gmx.de)

---

## Digitale Sprechstunden

Im Fachschaftsrat können wir uns als Studierende der Erziehungswissenschaft austauschen, von aktuellen Problemen berichten, gemeinsam dazu beraten und uns für eine gute Entwicklung zusammentun, Lösungen erwirken. Auch aktuell sind wir, trotz zusätzlich-erschwerter Bedingungen und zur Veränderung dieser, weiterhin aktiv.

Ab sofort finden deshalb wieder regelmäßig offene, digitale Sprechstunden statt.

Welche (akuten) Probleme gibt es, was muss sich ändern, was ist besonders gut, das sich an der Uni verbreiten muss, was können wir dafür tun, etc. Meldet Euch bei uns mit Euren Anliegen.

Ihr könnt auch vorbeischauen, wenn ihr z.B. mehr darüber erfahren wollt, was wir als FSR gerade machen oder vorhaben (z.B. Studien-/Prüfungsreform), wie man sich uns und unseren Aktivitäten anschließen kann oder um zu beraten, wie die Uni eigentlich viel mehr sein sollte (z.B. Prozess der gemeinsamen Erkenntnissuche und der gesellschaftlichen Veränderung statt Prüfungsmarathon).

„Kommt“ einfach vorbei!

Folgende regelmäßige Termine könnt ihr wahrnehmen:

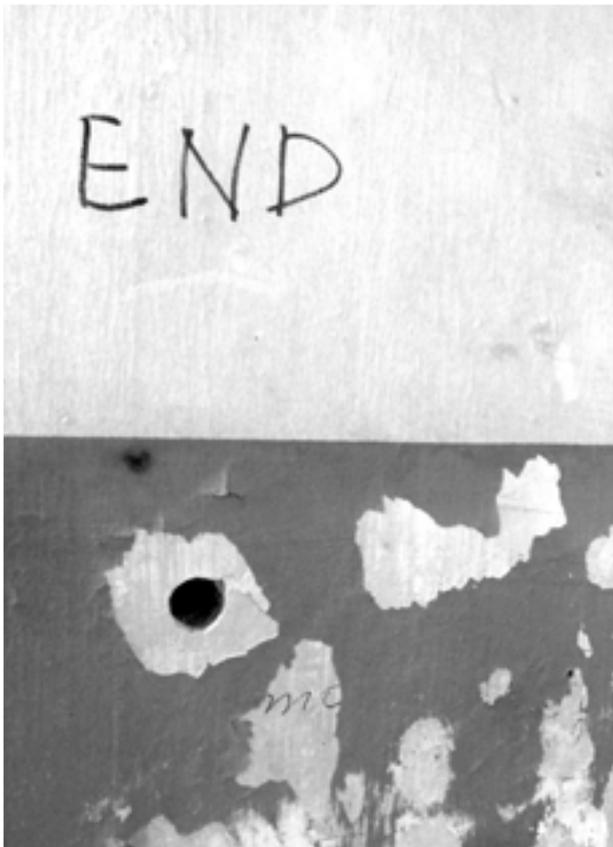
Montag: 16–18 Uhr

Dienstag: 14–16 Uhr

Mittwoch: 10–12 Uhr

Über folgenden Link:

- <https://uni-hamburg.zoom.us/j/94964142318?pwd=VURtTUZ4eUFHbTZrWnJjWHFGUSsvQT09>
- Meeting-ID: 949 6414 2318
- Kenncode: 05810514



## Impressum

PI-RAT 19 | 04/2021 | digitale Ausgabe

Redaktion: FSR Erziehungswissenschaft. V.i.S.d.P.: FSR Erziehungswissenschaft, VMP 8, 20146 Hamburg

[www.fsr-erzwiss.de](http://www.fsr-erzwiss.de)



# AUFBRUCH

DIE 68ER-REVOLTE AN DER UNI HAMBURG

**Am 13.04.21  
Im Abaton Kino  
Einlass 17:45 Uhr**



**EIN FILM DES PROJEKTSTUDIUMS  
„UNI IN GESELLSCHAFTLICHER  
VERANTWORTUNG“**



DAS PROJEKTSTUDIUM „UNI IN GESELLSCHAFTLICHER VERANTWORTUNG: DIE REVOLTE VON 1968/69 AN DER UNI HAMBURG - KONTINUITÄTEN, KONSEQUENZEN UND SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR HEUTE“ WURDE GEFÖRDERT MIT MITTELN AUS DEM STUDIERENDENFONDS ZUM 100-JÄHRIGEN JUBILÄUM DER UNIVERSITÄT HAMBURG // V.I.S.O.P., SINAH MIELICH C/O FSR ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT, VON-MELLE-PARK 8, 20146 HAMBURG

